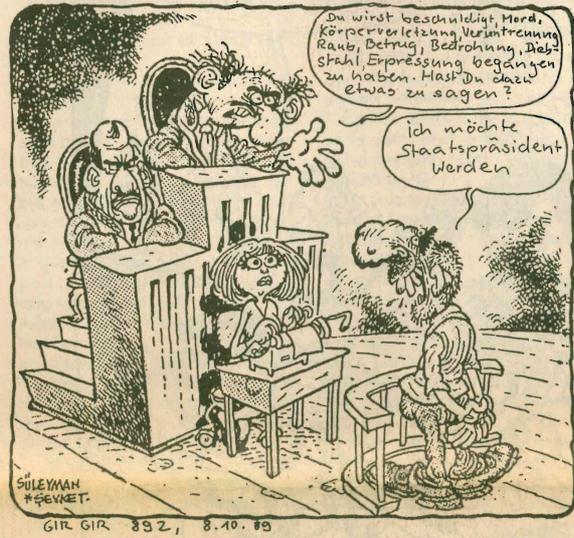


DIE TÜRKEI UNTER DER STAATSPRÄSIDENTENSCHAFT VON ÖZAL

Die spannende Frage nach dem neuen Staatspräsidenten in der Türkei, die die Öffentlichkeit seit Monaten beschäftigte, ist endlich beantwortet. Neuer Staatspräsident ist der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der Regierungspartei ANAP, Turgut Özal. Sehr umstritten war und ist nach wie vor die Wahlordnung, die 1987 von der ANAP durchs Parlament gebracht wurde. Danach ist im ersten und zweiten Wahldurchgang eine 2/3 Mehrheit erforderlich, im dritten Wahldurchgang reicht eine einfache Mehrheit. Kandidiert hatten Özal und ein zweiter ANAP-Kandidat, der allerdings nur zu Scheinzwecken aufgestellt wurde und schon im ersten Wahlgang ausschied. SHP und DYP hatten die Wahl von vornherein boykottiert, so daß im dritten Wahlgang Özal mit einfacher Mehrheit von ausschließlich ANAP-Mitgliedern gewählt wurde.



Weiter auf Seite 2

Die Urteile des Militärgerichts in dem zentralen Massenprozeß gegen die revolutionäre Bewegung DEVRIMCI YOL sind in der Menschenrechtskommission des Europarates/ Anwälte, Gefangene, Angehörige der Gefangenen lehnen das Urteil als illegitim ab/ Sie richten ihren Schrei an die demokratische Öffentlichkeit:

"AKZEPTIERT DIE URTEILE DER MILITÄRGERICHTE NICHT!"



Ausführlicher Bericht auf Seite 3



Bericht über die Lage in den Flüchtlingslagern Mardin, Mus, Diyarbakir

Artikel auf Seite 16

Die Vergessenen:

Opfer der "Islamischen Republik"

Seit der Machtübernahme der islamischen Regierung in Iran sind ca. 4 Mio. IranerInnen aus dem Land geflüchtet. Etwa 1 Mio. lebt in den USA, viele in Kanada, etwa 100.000 in Spanien und ein großer Teil in der Türkei. Zur Situation der Iranischen Flüchtlinge in der Türkei auf Seite 11...

Rechtsradikalismus und Rassismus

Diskussionsartikel zum neofaschistischen und -rechten Aufschwung, Bekämpfungsstrategien und Aufbau einer antirassistischen Bewegung auf Seite 15

**I
N
H
A
L
T**

Angebliche Veränderung im türkischen Strafgesetzbuch: Scheinreformen.....Seite 4
Gespräch mit Alime Mitap.....Seite 5
Gewerkschaftsbewegung in der Türkei.....Seite 6
Türkei Information und Solidaritätsbewegung.....Seite 8
Briefe aus den Gefängnissen.....Seite 13

Im Vorfeld der Staatspräsidentenwahl hatte es breite Diskussionen gegeben, Teile der Opposition hatten gefordert, den Staatspräsidenten per Volksabstimmung zu wählen, da die ANAP als Regierungspartei insbesondere nach den letzten Kommunalwahlen nur von ca. 21 % der Bevölkerung gewählt worden war. Bei einer Volksabstimmung hätte auch Putschgeneral Evren erneut kandidieren können. Dies lag jedoch keineswegs im Interesse der ANAP, wollten sie doch demonstrieren, daß mit Özal an der Spitze des Staates erstmals wieder ein ziviler Kandidat "demokratisch" gewählt wurde und somit der "Übergang zur Demokratie" weitere Fortschritte macht.

Mit einer beispiellosen Unverschämtheit hat sich Özal mit Hilfe des umstrittenen Wahlgesetzes und gegen die Interessen von 78 % der Bevölkerung sozusagen im "zivilen Putsch" auf den Präsidentensessel katapultiert.

Gewerkschaften, Vereine und ein Großteil der Presse hatten sich gegen eine Kandidatur von Özal ausgesprochen, selbst in Kreisen von Großindustriellen und Arbeitgeber verbunden hatte es Kritik gegeben, denn sie befürchten eine Ausweitung der wirtschaftlichen Krise und eine weitere Steigerung der Inflationsrate unter Özal.

Erstmals in der Geschichte der Türkischen Republik ist somit ein Präsident an der Macht, dessen Sturz schon seit den letzten Kommunalwahlen von den anderen Parteien gefordert wurde.

ÖZAL AN DER SPITZE- AUSWIRKUNGEN UND FOLGEN

Die Wahl Özals ist kein weiterer Schritt in Richtung Demokratie, obwohl die ANAP es gerne als solchen verkaufen möchte. Özal hatte im Wahlkampf versucht, Nichtunterstützer seiner Kandidatur als Demokratiefreunde darzustellen und so eine Polarisierung zwischen "Demokratiefreunden und -feinden" sprich Özal oder nicht, herbeizuführen. Außer ANAP-Mitgliedern ist jedoch kaum jemand darauf hereingefallen. Özal ist und bleibt ein Kandidat des 12. Septembers, ein treuer Gefolgsmann der Putschgeneräle. Seine Partei, die ANAP, gründete er unter den Bedingungen der Militärregierung, sozusagen als zivile Folge des Putschregimes und in einer Zeit, als alle demokratische Parteien verboten waren. Während seiner gesamten Regierungszeit teilte er die Macht mit nicht gewählten Repressionsorganen und etablierte somit deren Machtansprüche und -funktionen. Diese "Tradition" wird Özal auch als Staatspräsident fortführen und sogar verstärken. Entsprechend der Verfassung unterstehen dem Staatspräsidenten Armee, Hochschulrat, Hoher Schiedsrat, staatliche Radio- und Fernsehanstalten, hohe Organe der Justiz, Sicherheitskräfte und Geheimdienst sowie die Bezirksverwalter. Diese Institutionen bleiben weiter bestehen und Özal wird alles daran setzen, diese Organe für seine Interessen einzuspannen und damit die Funktionen des Parlaments weiter einzuschränken. Das heißt im Klartext: gewählte Organe werden

DIE TÜRKEI UNTER DER STAATSPRÄSIDENTENSCHAFT VON ÖZAL



unter Özal Einfluß verlieren und diktatorische Strukturen werden gestärkt.

ÖZAL- GEFAHR FÜR STABILITÄT?

Die Tatsache, daß Özals Kandidatur letztendlich auch von den türkischen Wirtschaftsmonopolen unterstützt oder zumindest nicht

öffentlich bekämpft wurde, hat einen wichtigen Grund: Für sie wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich alle Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten. Für sie bedeutet Özal eine Gefahr, weil er die wirtschaftliche Krise nicht bewältigen konnte und die Inflationsrate ständig steigt und weil das Risiko innerer Instabilität mit einem Staatspräsidenten und einer Regierungspartei, die 2/3 der

Bevölkerung ablehnen, enorm hoch ist. Ein Kandidat nach ihren Wünschen wurde von der ANAP verhindert, so blieb der Monopolbourgeoisie keine Wahl als Özal stillschweigend zu dulden, um nicht schon vor den Wahlen noch mehr innere Unruhe aufkommen zu lassen. Ein ebenfalls destabilisierender Faktor ist die Führungslosigkeit der ANAP ohne Özal als Ministerpräsidenten. Özal hatte es in der Vergangenheit mit autoritären Methoden erfolgreich geschafft, Flügelkämpfe innerhalb der ANAP zu unterdrücken. Diese Kämpfe sind jetzt offen ausgebrochen, was zu einer weiteren Schwächung der Regierungspartei führen wird.

Instabilität im System der Türkei schadet auch den Interessen des Imperialismus; NATO, USA und BRD hätten auch lieber einen Staatspräsidenten, der für Law und Order garantiert. Kommt es zu Unruhen in der Bevölkerung, deren Lebenssituation von Tag zu Tag unerträglich wird, sinkt die Produktivität und damit der Profit der Konzerne.

ÖZAL- NEUE CHANCEN FÜR DIE LINKE? DRUCK ERZEUGT GEGENDRUCK

Neue Chancen aus der Situation ergeben sich für oppositionelle Kräfte. Die Bevölkerung wird zunehmend unzufriedener, Gewerkschaften, Vereine, Menschenrechtsorganisationen, die nicht zuletzt zugelassen werden mußten aufgrund des Demokratisierungsdrucks von außen (Türkei-EG, Menschenrechtskonvention) erfreuen sich wegen Zulaufs. Bürgerkrieg in Türkei-Kurdistan und massive Repression gegen kurdische Bevölkerung werden zunehmend öffentlich kritisiert. Özal wird es einerseits nur unter Einsatz neuer Unterdrückungsmaßnahmen gelingen, seine Macht zu behaupten, andererseits wieder genau dadurch die Opposition stärken und linken und revolutionären Kräften zu einem Aufschwung verhelfen.

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name: ganzjährig.....
 Anschrift:

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
 Postfach 91 08 53
 D- 3000 Hannover 91

NEU

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
 Postgirokonto Hannover
 Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
 Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-

GEMEINSAME VERTEIDIGUNGSSCHRIFT DER ANWÄLTINNEN IM DEVRIMCI YOL - HAUPTPROZESS ANKARA

Es kann beim Türkei Informationsbüro,
 Postfach 91 08 43, D - 3000 Hannover 91,
 gegen Überweisung von 5,-DM
 auf folgendes Konto bestellt werden:

Postgirokonto Hannover
 Nr.: 5697 25 - 304

IMPRESSUM:
 Herausgeber:
 Türkei Informationsbüro
 Postfach 91 08 43
 D-3000 Hannover 91

V.i.s.d.P.:
 U. Hassenbring
 Postfach 91 08 43
 3000 Hannover 91

Neu!
 Telefon: 0511 - 31 86 54
 Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:
 Regelmäßig
 2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete
 Artikel
 geben nicht unbedingt die
 Meinung der Redaktion
 wieder!

Nachdem im Juli der Devrimci Yol-Hauptprozeß zuendegegangen ist, wurden am 14. September in Strasbourg Individualbeschwerden bei der Europ. Menschenrechtskommission eingelegt.

Anwälte, die, um die Beschwerdeanträge der Kommission zu übergeben, nach Strasbourg gekommen waren, trafen sich mit Mitarbeitern und Abgeordneten des Europaparlaments.

Devrimci Yol-Prozeß vor der Menschenrechtskommission

* Am 13. Oktober 1989 fand eine Konferenz über "Menschenrechte und politische Prozesse in der Türkei" statt, an der bekannte Persönlichkeiten aus der Türkei und verschiedenen europäischen Ländern teilnahmen.

* An einer "Veranstaltung für Menschenrechte und Demokratie" am 17. September nahmen an die 2.000 Personen teil.

Wie bekannt, ging der Hauptprozeß gegen Devrimci Yol am 19. Juli 1989 zuende. Sieben unserer Freunde wurden zum Tode, 39 zu lebenslanger Haft, ungefähr 400 zu unterschiedlichen Haftstrafen verurteilt. In einer Rede vor der Urteilverkündung hatte Oguzhan Müftüoğlu deutlich gemacht, das die Angeklagten das Urteil nicht akzeptiert und bei der Europäischen Menschenrechtskommission Beschwerde einlegen würden. Nach dieser Erklärung bereiteten die Anwälte des Devrimci Yol-Prozeß die Beschwerdeschriften vor.

Am 14. September dieses Jahres sind Beschwerden im Namen von Oguzhan Müftüoğlu und Nasuh Mitap der Europäischen Menschenrechtskommission übergeben worden. In der Delegation, die sich anlässlich der Beschwerdeübergabe als Gäste der Konföderation Allgemeiner Französischer Arbeitergewerkschaften (CGT) in Strasbourg aufhielt, befanden sich auch die Anwälte Halit Celenk, Veli Devecioglu und Ibrahim Tezan. Vom Menschenrechtsverein waren als Mitglieder bzw. Vorstandsmitglieder Yavuz Önen und Haldun Özen als Beobachter anwesend. Die Aktivitäten der Delegation wurden neben Vertretern der Zeitung Cumhuriyet, der Zeitschrift Sokak und anderer Presseorgane auch von einem Korrespondenten der Zeitschrift Devrimci Isci und Türkei Information verfolgt. Nach Informationen und Beobachtung des Türkei Information-Korrespondenten spielte sich zwischen 11. und 17. September in Strasbourg folgendes ab:

Gespräche im Europaparlament

Die Delegation die am 11. September in Strasbourg eintraf, begann ihre Gespräche am 12. September. Das erste Gespräch fand mit dem Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion, dem englischen Parlamentarier Ricard Balfe, statt. Danach gab es einen Treffen mit dem stellvertretenden Präsidenten des Europaparlaments, Puerto. Am gleichen Tag fanden Gespräche mit dem ständigen Vertreter der Internationalen Liga für Menschenrechte beim Europaparlament, Pier Boley, statt sowie mit dem italienischen Abgeordneten Luciano Castellina und dem portugiesischen Abgeordneten Martioz Cuelho.

Am 13. September gab es Gespräche mit dem Direktor des Instituts für Menschenrechte des Europaparla-



Halit Celenk, einer der Anwälte im zentralen Prozeß gegen Devrimci Yol, überreicht die Anklageschrift gegen das Urteil des Militärgerichtes an den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission...

ments Leprelech und Mitgliedern der kommunistischen Fraktion. Am 14. September traf man sich mit der Generalsekretärin des Europarats, Catherina Lalumiere und Mitgliedern der Fraktion der Grünen. In allen Gesprächen legten die Mitglieder der Delegation die Gründe für ihre Reise nach Strasbourg dar. Sie erklärten, warum sie Beschwerde bei der Menschenrechtskommission einlegen wollten und betonten, daß es dabei nicht um politische Ziele, sondern um Menschenrechte und Prozesse ginge. Sie berichteten über die rechtliche Praxis nach dem 12. September und erinnerten daran, daß von der Regierung unterzeichnete internationale Abkommen auch eingehalten werden müßten.

Übergabe der Beschwerde

Die Mitglieder der Delegation trafen sich am 14. September um 10 Uhr mit dem Beauftragten der Europäischen Menschenrechtskommission M. Krüger. Ra Halit Celenk hielt eine Rede, in der er erklärte, warum die Delegation nach Strasbourg gekommen war. Danach wurden die Beschwerdeschriften von Oguzhan Müftüoğlu und Nasuh Mitap sowie diesbzgl. Affidate und verschiedene Gerichtsbeschlüsse M. Krüger übergeben. Der Beauftragte der Kommission erklärte, daß diese keine politische, sondern eine sachliche, an den Fakten orientierte Entscheidung fällen werde. Die Kommission würde zunächst auf schriftlichem Weg mit beiden Parteien der

Beschwerde in Kontakt treten und ihnen Gelegenheit geben sich zu äußern. Er machte deutlich, daß in diesem Stadium die Öffentlichkeit

ausgeschlossen sei und er über den Inhalt der Akte nichts sagen könne. Er betonte, daß es das erstmal sei, daß eine Beschwerde von einer so

zahlreichen Delegation übergeben werde. Bei der Übergabe waren wirklich an die 20 Personen anwesend. Neben der Delegation und Journalisten aus der Türkei, war auch eine Gruppe von den Anwaltskammern in London und Paris anwesend. Der Beauftragte der Kommission erklärte, daß nicht feststeht, wann über die Beschwerde entschieden werde, daß dies aber nicht lange dauern werde.

Konferenz über Menschenrechte und politische Prozesse

Die am 13. September in Strasbourg veranstaltete Konferenz über "Menschenrechte und politische Prozesse in der Türkei" erregte großes Interesse. Sie wurde geleitet von Prof. Server Tanilli (Universität Strasbourg). Teilnehmer waren: Halit Celenk (Ra), Veli Devecioglu (Ra), Ibrahim Tezan (Ra), Yavuz Önen (Menschenrechtsverein - Vorstandsmitglied), Haldun Özen (Menschenrechtsverein), Prof. Eric Siesby (Jur. Fak. Universität Kopenhagen), Olivier Bercault (Anwaltskammer Paris und Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte), Joop Vogt (Senator, Niederlande), Luise Cristian (Anwaltskammer London und Mitglied der Union Sozialistischer Juristen).

"Das Urteil wird von uns nicht akzeptiert"

'Türkei Information' traf sich mit Ra. Ibrahim Tezan, der sich vom 11.-17.9.89 in Strasbourg aufhielt, um bei der Menschenrechtskommission des Europarats im Auftrag seiner Mandaten im Zusammenhang mit dem Devrimci Yol-Prozeß deren Recht auf individuelle Beschwerde wahrzunehmen:

"Wie sie wissen, dauert der Devrimci Yol-Prozeß seit 1982 an. Nach neun Jahren, zwei Jahre davon Voruntersuchung (staatsanwaltl. Ermittlungsverfahren T.I.), ist in den zurückliegenden Monaten ein Urteil gesprochen worden. Im Verlauf des Prozesses ist es zu unzähligen Unkorrektheiten gekommen. Die Angeklagten und ihre Anwälte wurden bei der Ausübung ihres Rechts auf Verteidigung in hohem Maße behin-

dert. Sicherheits- und haftbedingungen haben dazu geführt, daß die Angeklagten sich vor Gericht nicht ausreichend verteidigen konnten. Auch deshalb wurde die Prozeßführung auf Aussagen und Beweise gestützt, die unter Folter, hauptsächlich durch die Polizei, zustande gekommen sind. Das Urteil ist ein Produkt dieser Beweise und wird von uns nicht akzeptiert. Ich hatte am Anfang dieses Inter-

views gesagt, daß die Verteidigung, das Recht auf Verteidigung nicht richtig wahrnehmen konnten. Also zum Beispiel: Ungefähr fünfundzwanzig Angeklagte sind in den verschiedenen Stadien des Prozesses von der Verhandlung wegen Störung der Ordnung des Gerichts oder mit sehr fadenscheinigen Begründungen von der Ver-

handlung ausgeschlossen worden. Sechs davon sind bis zum Ende des Prozesses in Haft gehalten worden und haben teils die Todes- teils eine lebenslängliche Zuchthausstrafe erhalten. Sie wurden nicht zur Verhandlung gebracht und konnten sich weder schriftlich noch mündlich verteidigen. Allein dieses Beispiel macht hinreichend deutlich, welchen Schwierigkeiten sich die Verteidigung in diesem Prozeß gegenübersehen.

Das ist der Grund, aus dem wir Anwälte uns entschlossen haben, Beschwerde bei der Menschenrechtskommission des Europarates in Strasbourg einzulegen, mit dem Ziel diesen Prozeß auf der Grundlage des internationalen Rechts zu diskutieren. Unsere Beschwerde konzentriert sich hauptsächlich auf folgende Punkte:

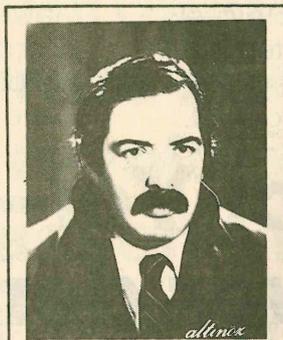
1. Die Kriegesgerichte der Türkei, ein Produkt des 12. September 1980, arbeiten weiter, obwohl das Kriegsgericht aufgehoben ist. Das ist Gegenstand unserer Beschwerde, weil damit sowohl gegen die Verfassung wie auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen wird. Die Europäische Menschenrechtskonvention sieht das Recht auf einen Prozeß vor einem unabhängigen und unparteilichen Gericht vor. Die Kriegesgerichte sind nicht unabhängig. Das haben wir in unserer Beschwerde angeführt, übrigens zuvor auch vor Gericht. Unzählige Male haben wir vor Gericht erklärt, daß das Gericht weder zuständig noch unabhängig noch unparteilich ist. Wir haben es sogar separat gebracht, daß das Gericht unsere Forderung (nach Verhandlung vor einem ordnungsgemäßen Gericht, T.I.) abgelehnt hat. Das Gericht hat unsere diesbezüglichen Forderungen nicht berücksichtigt. Diese Punkte haben wir vorgebracht, denn die Richter der Kriegesgerichte werden von Seiten der Kriegesrechtskommandantur ernannt. Besonders wichtig ist, daß der vorsitzende Richter ein vom Kriegesrechtskommandanten ernannter Soldat ist. Er ist also kein Jurist, hat mit Recht nichts zu tun, hat keine juristische Ausbildung und ist vollständig in der (militärischen, T.I.) Befehlsstruktur erzogen.

Darüberhinaus ist er in allen seinen belangen wie z.B. Beförderung, Personalakte und Pensionierung von der Kommandantur abhängig. So kommt z.B. für einen vorsitzenden Richter eine Beförderung nicht in Betracht, wenn die Kriegesrechtskommandantur ihm keine Possivite Beurteilung in seine Personalakte schreibt. Allein das genügt, um deutlich zu machen, daß eine solche Person - wie auch immer seine

Lage objektiv aussieht- nicht unparteilich und unabhängig ist und auch gar nicht sein kann.

2. Das Gericht hat sich nicht an internationale Abkommen gehalten, wobei die Türkei auch hier Vertragspartner ist. Wir haben gefordert, daß das Gericht sich an die von der Türkei unterzeichnete UN Konvention gegen Folter hält, denn diese Konvention ist von der Regierung der Republik Türkei unterzeichnet, von der Großen Türkischen Nationalversammlung ratifiziert und damit, gemäß Artikel 90 unserer Verfassung vom Standpunkt der innerstaatlichen Rechts, wie ein Gesetz geltende Recht geworden. Wir haben also gefordert, daß sich das Gericht an die gesetzlichen Bestimmungen hält. Alle unsere diesbezüglichen Forderungen sind vom Gericht abgelehnt worden. Deshalb haben wir die Anwendung der Bestimmungen des internationalen Abkommens, denen die Türkei beigetreten ist, die Gewährleist-

ung der Anwendung von Artikel 15 der UN Konvention gegen Folter zu einem der Hauptpunkte unserer individuellen Beschwerde gemacht. Der Artikel 15 der UN Konvention enthält die Bestimmung, daß unter Folter zustande gekommene Aussagen nur als Beweis zu Nachteil der Folternden verwendet werden und daß unter dieser Methode zustandegebrachten Beweise nicht benutzt werden dürfen und keinerlei Beweiskraft haben. Die Anwendung dieses Gesetzartikels bedeutet, daß alle Prozesse (nach Kriegsrecht, T.I.) seit dem 12. September ungültig sind, denn, wie ich schon eingangs sagte, liegen allen (diesen) Prozessen in der Türkei unter Folter zustandegekommene Aussagen zugrunde. Wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, diese Konvention anzuwenden, hätte ein großer Teil der Prozesse seit dem 12. September nicht negativ ausgehen können.



Rechtsanwalt
Ibrahim Tezan

3. Bei der Dauer der Untersuchungshaft der Angeklagten werden die Bestimmungen der Menschenrechtskonvention nicht beachtet. Denn: Die Europäische Menschen-

rechtskonvention erhält die Bestimmung, daß jede angeklagte Person das Recht auf einen Prozeß innerhalb einer angemessenen Frist hat, und er dann, wenn diesem Recht nicht entsprochen werden kann, sofort auf freien Fuß gesetzt werden muß. Unsere Mandaten dagegen sind 1981 interniert worden und bis 1989 in Untersuchungshaft geblieben. Sie befinden sich also seit 9 Jahren in Untersuchungshaft. Weil wir gegen das Urteil Revision beantragt haben, werden außerdem noch einmal mindestens 5-7 Jahre vergehen, bis der Prozeß beim Revisionsgericht zur Verhandlung ansteht, das Urteil überprüft und die Untersuchung- in Strafhafte umgewandelt wird. So ist die Lage und es liegt auf der Hand, daß die Zeit von jetzt 9 Jahren und wenn es weitergeht, dann 15 Jahren, unmöglich als eine angemessene Frist im Sinne der Europäischen Menschen-

rechtskonvention angesehen werden kann. Wir haben von der Europäischen Menschenrechtskonvention gefordert, diese Frist für nicht angemessen zu erklären, und haben deutlich gemacht, daß die Angeklagten sofort freigelassen werden müssen, weil sie über eine angemessene Frist hinaus in Untersuchungshaft gehalten worden sind.

Zum Thema unangemessene Dauer der Untersuchungshaft möchte ich noch einen Punkt anfügen: Unsere Mandaten sind jetzt seit 9 Jahren in Untersuchungshaft. Rechnet man die Phase der Revision dazu, wird die Dauer des Untersuchungshaft bei 15 Jahren liegen. Nun ist es aber so, daß nach unserem Strafvollzugsgesetz eine Untersuchungshaft von 15 Jahren einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe entspricht. Es werden also, auch wenn das Urteil in der Revision aufgehoben wird, die Angeklagten in diesem Prozeß, einschließlich derer, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind, zu 95, ja zu 99% zu unrecht eine lange Zeit in Untersuchungshaft gewesen sein. Das heißt, auch wenn das Urteil in der Revision aufgehoben wird, so wird das für die Angeklagten keine Bedeutung und keinen praktischen Wert haben. Das ist eine Praxis des faktischen Vollzugs, die nach dem 12. September in vielen Prozessen zu beobachten ist, eine Praxis die ohne das Urteil des Revisionsgerichts abzuwarten de facto die Strafe vollzieht. Es ist nicht möglich solch eine Praxis, als rechtmäßig, als legal zu bezeichnen. Auch aus diesem Grund sollten die Angeklagten sofort freigelassen werden, denn nach unserem Rechtssystem gibt es keine Möglichkeit der Entschädigung der Menschen die durch zulange Inhaftierung geschädigt worden sind; außerdem ist diese Möglichkeit sehr gering. Dazu kommt noch, daß, wie Sie wissen, wegen der Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen, bei Hungerstreiks für menschliche Forderungen sehr oft Menschen sterben. Unter diesen Bedingungen kann sogar die Inhaftierung eines Menschen für einen Tag zu nicht wiedergutzumachen materiellen und ideellen Schaden führen.

Unter diesen Bedingungen werden unsere Mandaten auch dann, wenn das Revisionsgericht das erlangene Urteil aufhebt, in hohem Maße geschädigt. Auch unter Hinweis darauf haben wir unser individuelles Beschwerderecht in Anspruch genommen.

Eine weitere Besonderheit unserer Forderungen liegt darin, daß sie, wie sehr sie sich auch auf Angeklagte die im Devrimci Yol-Prozeß vor Gericht stehen, beziehen für alle Prozesse in der Türkei von Bedeutung sind, denn Themen wie Aufhebung von militärischen Gerichten nach Kriegsrecht oder eine Feststellung, daß die lange Dauer der Untersuchungshaft im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht, sind Dinge, die für alle in politischen Prozessen vor Militärgerichten stehenden Angeklagten von Interesse ist, sofern sie von diesen Gerichten noch nicht rechtskräftig verurteilt worden sind. Deshalb betrifft unsere Beschwerde nicht einzelne, sondern alle politischen Gefangenen in der Türkei. Wir glauben, daß die Sache in dieser Dimension angegangen werden muß und daß deshalb in der europäischen Öffentlichkeit alle Demokraten, Revolutionäre und Intellektuellen zusammen diesen Prozeß zu ihrer Sache machen müssen. Denn: Das Ergebnis betrifft nicht nur, wie ich eben schon sagte, die Angeklagten dieses Prozesses, sondern alle vor Kriegesgerichten angeklagte Personen.

SCHEINREFORMEN

Nach den Erklärungen des türkischen Justizministers M. Oflan Sungurlu zum Thema "Todesstrafe in der Türkei" könnte man leicht den Eindruck gewinnen, die Todesstrafe sei endlich abgeschafft. Tatsächlich sind Änderungen in Verfassung und Strafgesetzbuch, die sogenannte "Strafrechtsreform" vorgesehen.

Im türkischen StGB gibt es 27 Paragraphen, aufgrund derer die Todesstrafe ausgesprochen werden kann. Am häufigsten kommt dabei der Paragraph 450 (vorsätzlicher Mord) zur Anwendung. Dieser Paragraph findet sich unverändert im Strafrechtsreformentwurf.

In politischen Verfahren werden Todesurteile meist auf der Grundlage der Paragraphen 146 und 125 gefällt. Auch diese Paragraphen sollen verändert übernommen werden. Änderungen sind dagegen bei Straftatbeständen vorgesehen, bei denen es um Drogenhandel, Vergewaltigung mit Todesfolge, Spionage und Entführung geht. Diese Paragraphen werden in der Türkei sehr selten angewandt.

Vom 7. Oktober 1980 bis zum 10. Oktober 1984 wurden 50 Todesstrafen vollstreckt - 18 gegen linke, 8 gegen Faschisten, eine gegen einen ASALA-Militanten und 23 mal wegen "normaler" Kapitalverbrechen. Seitdem sind 244 oder 260

Todesurteile ausgesprochen, aber noch nicht vom Parlament bestätigt worden. 244 sind es nach der Zählung des Justizministeriums, 260 nach der des zuständigen Parlamentsausschusses. Nach der Zählung des Menschenrechtsvereins handelt es sich um 220 unbestätigte Todesurteile bis zum 2. August 1988. Ebenfalls nach Angaben des Menschenrechtsvereins sind von diesen 220 Todesurteilen 41 aufgrund §125, 81 aufgrund §146, 7 aufgrund §149, eins aufgrund §403 (Drogen) und 91 aufgrund §450 ausgesprochen worden.

Der "Reformentwurf" des Justizministers sieht Änderungen bei Paragraph 403 vor. Darüberhinaus enthält er die Bestimmung, daß die anderen aufgelaufenen Todesurteile in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt werden. Neben dieser befristeten Regelung ist eine dauernde Änderung der türkischen Verfassung vorgesehen, der zufolge Todesurteile, über die das Parlament nicht innerhalb von zwei Jahren (aus welchem Grund auch immer) entscheidet, nach Ablauf dieser Frist automatisch vollstreckt werden. Das heißt: Zwei Jahre psychische Folter der Gefangenen und dann Vollstreckung. Im Klartext: Nach Scheindemokratie, Scheinexport etc. gibt es jetzt

auch eine scheinbare Aufhebung der Todesstrafe und eine Scheinstrafrechtsreform.

Artikel 146

Wer mit Gewalt versucht, die Verfassung der türkischen Republik ganz oder teilweise zu ändern oder zu verändern oder aufzuheben oder die auf Grund dieser Verfassung gebildete Große Nationalversammlung zu entmachten oder an der Ausübung ihrer Befugnisse zu hindern, wird mit dem Tode bestraft.

Artikel 125

Wer eine Tat begeht, die darauf gerichtet ist, das Gebiet des Staates ganz oder teilweise der Herrschaft eines fremden Staates zu unterwerfen, die Unabhängigkeit des Staates zu beeinträchtigen, die Einheit des Staates zu zerstören oder einen Teil des der Herrschaft des Staates unterliegenden Gebietes von der Verwaltung des Staates abzutrennen, wird mit dem Tode bestraft.

Artikel 149

Wer die Bevölkerung zum Aufstand gegen die Regierung durch Gebrauch von Waffen oder Betäubungsmitteln, giftigen oder ätzenden Gasen oder Sprengstoffen oder zu einem Gemetzel durch gegenseitige Bewaffnung der türkischen Bevölkerung auffordert, wird mit Zuchthaus nicht unter zwanzig Jahren bestraft.

Vollständige Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei!



Gespräch mit Alime MITAP

Alime Mitap hat seit 1986 bis jetzt mit eindringlichen Ölgemälden und Kohlezeichnungen die leiden der Menschen in den türkischen Gefängnissen und deren Angehörige widergespiegelt. Jetzt ist ihre Ausstellung "Aus der Septemberfinsternis" auch in Europa zu sehen. Von Mitte September bis Mitte Oktober war sie in 4 Städten in der Schweiz. Im November und Januar kommt sie auch in westdeutsche Städte und evtl. nach (West) Berlin.

(T.I.)

Das Gespräch fand Mitte Oktober in Zurich statt, wo Alime Mitap sich anlässlich ihrer Ausstellung aufhielt.

"Ich wurde 1954 in Salihli, einer Stadt in der Nähe von Izmir geboren. Schon mit fünf Jahren habe ich angefangen zu zeichnen. Obwohl mich niemand dazu angehalten hat, habe ich es sehr gemocht zu zeichnen. Es war etwas, das von innen kam. Noch als ich klein war haben Menschen aus meiner Umgebung Interesse und Zuneigung für meine Bilder gezeigt. Schon zu dieser Zeit fing ich an die Gesichter von Menschen zu zeichnen. Als ich zur Schule ging waren die Ränder meiner Schulhefte und alle leeren Seiten stets voller Zeichnungen.

Nachdem ich das Gymnasium beendet hatte, habe ich an einer Aufnahmeprüfung der Akademie der Schönen Künste der Universität Istanbul teilgenommen und habe sie als eine der Besten bestanden. Allerdings habe ich im gleichen Jahr auch einen Platz an der politischen Fakultät in Ankara bekommen. Ich habe es vorgezogen dort zu studieren. Auch zu dieser Zeit habe ich fortlaufend gezeichnet. 1975 habe ich Nasuh Mitap der die gleiche Universität wie ich besuchte geheiratet. In diesen Jahren arbeitete ich nicht. Ich habe weiterhin gezeichnet, wenn auch nicht so intensiv. 1980 habe ich ein Kind, einen Sohn geboren.

Im Januar 1981 wurden mein Mann und ich aus politischen Gründen, nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 verhaftet. Für uns begann ein verändertes Leben. Mein Kind war ein Jahr alt, es blieb

draußen. Annähernd einhalb Jahre war ich gefangen. In dieser Zeit bin ich auch gefoltert worden. Ich bin Zeugin dafür geworden, wie andere Menschen sehr stark gefoltert worden sind.

Während der zwei Monate Folter und meiner anschließenden einjährigen Haft habe ich unmenschliches Verhalten den politischen Gefangenen gegenüber erlebt. Das hat sich tief eingepreßt. Als ich nach über einem Jahr freigelassen wurde, war mein Sohn, den ich als er gerade ein Jahr alt war verlassen mußte, schon 2-einhalb Jahre. Zusammen mit meinem Sohn habe ich meinen Ehemann besucht. Er blieb weiterhin im Militärgefängnis Mamak gefangen (1). Deswegen blieb das Gefängnis ein wichtiger Teil meines Lebens, wenn auch nicht als Gefangene so doch als Besucherin, seit über sieben Jahren.

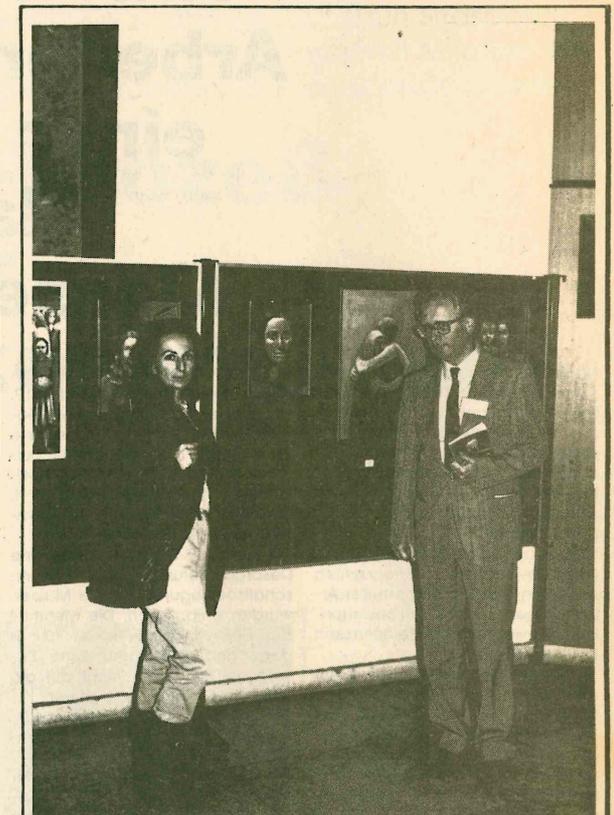
Was ich im Gefängnis, bei der Folter, bei den Besuchen erlebt hatte, wollte ich anderen Menschen in einer Form erklären und übermitteln. Und an diesem Punkt waren, glaube ich, die Bilder ein geeignetes Ausdrucksmittel für mich. Deswegen wollte ich meine Fähigkeit zum Malen entwickeln. Ich arbeitete in einigen Ateliers. Meine Lehrer waren von meinen Bildern begeistert und ermunterten mich. Sie sagten, daß ich mich in meinem Leben hauptsächlich mit Bildern beschäftigen müßte, weil sie in meinen Bildern eine große Sensibilität sah. Sie sagten: "Während du zeichnest lebst du

in diesen Menschen, in diesen Ereignissen." Auf ihre Ermunterung habe ich beschlossen mich dem Zeichnen ernsthaft zu widmen. Daraufhin habe ich mir in einem Dachzimmer ein kleines Atelier eingerichtet.

Die Bilder, die ich malte trugen natürlich die Spuren der schweren Jahre, die wir erlebt hatten. Diese Erlebnisse waren meine eigentliche Themen. Später schlug mir ein befreundeter Verleger vor, mit diesen Bildern eine Ausstellung zu machen. Letztes Jahr fanden in Istanbul, Ankara und auf dem Fest von Dikili (in der Nähe von Izmir) die ersten Ausstellungen statt. Sie stießen auf sehr großes Interesse, denn meine Bilder spiegelten die sehr intensiven Erlebnisse einer Epoche wider. Jeder hatte auf alle Fälle Kinder, Geschwister, Nachbarn oder Bekannte, die gefoltert worden sind und im Gefängnis gewesen waren. Meine Bilder wurden für Buchumschläge und in verschiedenen Zeitschriften verwendet. So wurde es eine wichtige Aufgabe für mich zu zeichnen. Das Interesse der Menschen hat mich darin bestärkt mit meiner Arbeit fortzufahren. Ich fing an mich verantwortlich zu fühlen. Ich sah, daß Bilder zu diesem Thema gemacht werden mußten. Auf diese Weise konnte ich die Gedanken und Gefühle vieler Menschen verdichtet ausdrücken. Frage: Ich möchte ihnen jetzt einige Fragen stellen? Mit welchen Themen werden sie sich in der Zukunft beschäftigen?

Alime Mitap: Ich werde nicht mehr lange hauptsächlich die Erinnerungen an die Folter, das Leben in Gefängnis und die Besuche in meinen Bildern verarbeiten. Das habe ich jetzt über drei Jahre gemacht. Dennoch werde ich bestimmt noch zu diesen Themen einige Bilder im Jahr machen, weil es sehr entscheidende Erfahrungen in meinem Leben waren und sind. Das ist unvermeidlich. Aber darüber hinaus werde ich andere gesellschaftliche Themen aufgreifen und bearbeiten. Am meisten interessieren mich die Menschen und da v.a. die unterdrückten Menschen, Arbeiter und Bauern. Ihre Leben, ihre unterschiedlichen Gefühle, von Zeit zu Zeit ihre Freude, will ich auf verschiedene Art und Weise darstellen. Ich denke, daß die jetzige Ausstellung "Aus der Finsternis des Septembers" ihre Funktion, das Gefängnisleben zu beschreiben, zu einem großen Teil erfüllt. Deswegen glaube ich, daß ich gute Arbeit geleistet habe.

Frage: Was haben sie beim Zeichnen dieser Bilder gefühlt? Ist es Ihnen schwer gefallen?



Alime MITAP, ehemalige Gefangene und Künstlerin, auf einer Ausstellung ihrer Bilder in Genf...

Es ist auch ein Buch mit den Bildern von Alime Mitap erschienen. Das Vorwort ist auf Deutsch übersetzt. Es kann beim Informationsbüro Türkei, Oranienstraße 159, 1000 Berlin 61 gegen Überweisung von 12,- DM auf folgendes Konto bestellt werden:

BfG Berlin
Kto-Nr.: 159 580 5300
BLZ: 100 101 11



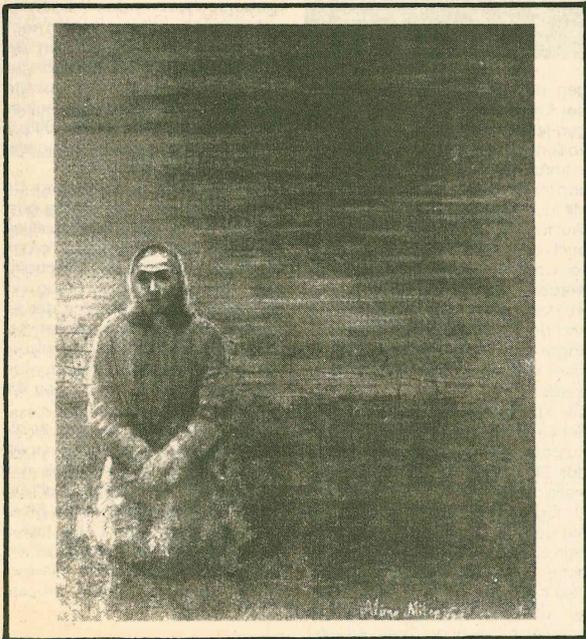
Alime Mitap: Natürlich ist es mir sehr schwer gefallen diese Bilder zu malen. Auf der einen Seite wollte ich sie malen. Das es so etwas Schreckliches auf der Welt gibt, wie wir es erlebt haben, hat mich empört. Das was ich erlebt hatte, wollte ich anderen Menschen erzählen, wollte es anklagen und wehklagen. Das Zeichnen war auch schmerzhaft. Von neuem bin ich ins Gefängnis gekommen. Von neuem habe ich den Schweiz um die Trennung von meinem Kind erlebt, wie sehr ich mich nach diesem kleinen Baby gesehnt hatte. Das waren schwere Arbeiten. Aber auf der anderen Seite habe ich mich während ich diese Bilder gemalt habe innerlich ruhig und glücklich gefühlt. Ich habe mich wieder mit mir selbst versöhnt. Während ich diese Bilder zeichnete, hatte ich das Gefühl, etwas Wichtiges im Namen der Menschlichkeit zu machen. Neben den Schwierigkeiten und meinen von neuem erlebten Schmerzen, gab es auch diese befriedigende Seite, und die war stärker.

Frage: Ich habe gelesen, daß es Schwierigkeiten mit dem Visum gegeben haben soll, bevor sie in die Schweiz zu ihrer Ausstellung reisen konnten. Können Sie darüber und wie die Schweizer ihre Bilder auf-

genommen haben, etwas erzählen?

Alime Mitap: Ich hatte eine Einladung von der Schweizer Menschenrechtskommission. Die Schweizer Botschaft hat mit der Ausstellung eines Visums große Schwierigkeiten gemacht. Bis zum letzten Tag, ein paar Stunden vor dem Flug konnte ich kein Visum erhalten. Das Verhalten der Botschaft war mir unverständlich. Allerdings hat ein Angestellter der Botschaft zu mir gesagt, daß es ja wohl eine sozialistische Organisation wäre, von der ich eingeladen worden sei, und das ich mich über Schwierigkeiten nicht zu wundern bräuchte. Seit Mitte September bin ich mit meiner Ausstellung in der Schweiz. Sie war in Basel, dann in Genf und Bern und in Zurich zu sehen. Die Schweizer haben meine Ausstellung auch sehr interessiert aufgenommen. Es waren Menschen darunter, die sehr beeindruckt waren und geweint haben.

(1) Nasuh Mitap wurde beim zentralen Devrimci Yol-Prozeß in Ankara angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen Mitglied des Zentralkomitees zu sein. Im Juli wurde er zu lebenslange Gefängnisstrafe verurteilt.



Arbeiterkomitees und Arbeiterräte zum Aufbau einer revolutionären Massen- und Klassengewerkschaft

Nach der Zerschlagung der Massengewerkschaft DISK durch den Militärputsch von 1980 wurden alle Ansätze der Gewerkschaftsbildung, außerhalb des nach US-imperialistischen Methoden aufgebauten TÜRK-İS, verboten (Siehe dazu auch Sondernummer der T.I. zum 1. Mai 1989

Wie jedoch spätestens seit dem 1. Mai dieses Jahres zu beobachten ist, lassen sich die Kämpfe der ArbeiterInnen nicht mit den bestehenden (Gewerkschafts) Verhältnissen befrieden.

An der heftigen Reaktion des Regimes auf die Streiks und Demonstrationen (auf der verbotenen 1. Mai Demonstration am 1. Mai 1989 wurde ein Demonstrant erschossen, mehrere wurden verwundet und Hunderte verhaftet) ist abzulesen, wie ernst es ihnen ist mit der Verhinderung von konstruktiven Strukturen innerhalb der Arbeiterschaft.

Mit den Repressionen können sie weder den berechtigten Widerstand gegen mittelalterliche, ausbeuterische und zerstörerische Arbeitsbedingungen stoppen, noch die Diskussionen um einen (Wieder-) Aufbau einer wirklichen Klassen- und Massengewerkschaftsstruktur verhindern, die sowohl von ehem. DISK-Vertretern der verschiedenen Fraktionen, als auch von den sich reorganisierenden revolutionären Kräften geführt wird.

Wir begrüßen diese Entwicklung und möchten sie so weit wie möglich verfolgen und dokumentieren.

Nicht zuletzt sind wir der Meinung, daß diese Diskussion auch in der Auseinandersetzung mit hiesigen, DGB regierten Gewerkschaftsverhältnissen Anregungen und Anstöße geben kann! Nach dem allgemeinen Bild der Arbeitsverhältnisse in der Türkei, welches wir in der Sondernummer der T.I. zum 1. Mai 1989 versucht haben zu beschreiben, konkretisieren wir die Thematik mit folgender Übersetzung eines Diskussionsartikels zum Thema "Alternativen zur bestehenden Gewerkschaftsform" aus der in der Türkei seit Mai dieses Jahres erscheinenden Zeitung "İscilerin Sesi" (Die Stimme der ArbeiterInnen) vom 4. Mai 1989.

Da es sich um einen sehr langen Artikel handelt, drucken wir ihn in zwei Teilen ab. Der erste Teil ist in T.I. Nr. 29 erschienen und wird im folgenden nochmals kurz zusammengefaßt.

Wir haben diesmal die Originalübersetzung etwas gekürzt und Details sowie Wiederholungen herausgelassen.

Mit den Wirtschaftsbeschlüssen vom 24.1.80 und durch die Maßnahmen des 12. September Regimes ist die Türkei der imperialistischen Zerstörung vollständig geöffnet worden. Alles was die Handlung des Kapitals beschränken könnte, wurde verboten und verfolgt. Von der Repression und Gewalt des 12. September Regimes waren von allen Organisationen die der Arbeiterklasse am meisten betroffen.

Nach der Zerschlagung der revolu-

tionären Massengewerkschaft DISK bezweckten die Vertreter des 12. September aus den gelben Gewerkschaften (Türk-İs) eine einzige "parteilose" Gewerkschaft aufzubauen, die im Namen der Arbeiterklasse "Vertretungskampf" führt. Die allgemeine Situation der Arbeiterklasse stellt sich heute so dar:

Mit dem 12. September trat eine Desorganisation der Gewerkschaftsbewegung ein, die Massen wurden entpolitisiert. Die Mehrheit der DISK-Mitglieder ist zu Türk-İs gegangen. Die vorhandene Bewegung kann sich nicht auf die Basis der Organisation stützen.

Der ökonomische Druck hat die Arbeiterklasse zu Kämpfen veranlaßt, die das ganze Land erfassen. Die Dimensionen der Aktionen der ArbeiterInnen setzt die Anti-Gewerkschaftsgesetze aus der 82. Verfassung außer Kraft und erschreckt die herrschenden Klassen.

Sie zwingen Türk-İs zu Manövern, um die Inhalte der Aktionen zu leeren. Die Initiative der Massen auf ökonomischem Gebiet muß mit dem Kampf für Demokratie verbunden werden. Dieser Kampf geht

auf Schematismus und Zwang stützt, sondern sie stützt sich auf konkrete Forderungen. Das einzige Maß, das die Einheit schafft, ist der Kampf der Arbeiterklasse und ihre Aktivitäten. Die Schaffung einer Kontinuität der heute vorhandenen vorübergehenden Aktionseinheiten ist nur mit dem Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsstruktur möglich. Die Basis, auf der diese stehen kann, muß die Organisation am Arbeitsplatz sein, durch die versucht wird das Motto zu realisieren: "Wir sind diejenigen die produzieren, wir werden diejenigen sein, die regieren."

Statt künstlicher Ziele wie "der Vorstand muß ausgewechselt werden" muß eine Organisation am Arbeitsplatz geschaffen werden, die aus der eigenen Kraft der Arbeiterklasse gebildet wird und langfristig zum Ziel hat, revolutionäre Gewerkschaftsstrukturen aufzubauen.

Mit den auf der Basis des Arbeitsplatzes gebildeten Arbeiterkomitees, die sich auf das Klassenbewußtsein stützen, eine Klasse für sich zu sein und mit den Beziehungen, durch die sie überall und in allem Entscheidungs- und Bestimmungs-

ber und bestimmen soweit, daß die Arbeitervertreter und die lokalen Vorstände der Gewerkschaften im Namen der Gewerkschaftszentrale keine Befugnisse besitzen, außer die Arbeiter unter Kontrolle zu halten, die Beiträge einzutragen und die Beschwerden der Arbeiter an die Oberen zu leiten. Somit ist alles vom Wort des Gewerkschaftsvorstands abhängig. Dieser ist weder am Arbeitsplatz noch in der Gewerkschaft zu sehen. Das Entscheidungs- und Bestimmungsrecht der Arbeiter wird so aufgefaßt, daß die Arbeiter nur dann gerufen werden, wenn der Gesamtarifvertrag unterschrieben oder entworfen wird oder bei Umfragen bzw. falls die Streiks bestätigt werden sollen. Klassenorganisationen sind Organisationen, in denen alle Arbeiter das Klassenbewußtsein gewinnen, eine Klasse für sich zu sein und in denen sie in jedem Bereich entscheiden und bestimmen. Es muß eine Struktur aufgebaut werden, die die klassische Gewerkschaftsorganisation, die auf dem Kopf steht, auf die Füße stellt. Diese Struktur muß, um eine echte Klassen- und Massengewerkschaft aufzubauen, dafür sor-

plätzen die ersten Schritte dieser Organisation machen.

Es muß bei der Lösung des Problems eine organisierte Phase gelebt werden, in der sie sich aktiv beteiligen.

ARBEITERKOMITEES

Um eine revolutionäre Gewerkschaftsstruktur aufzubauen, müssen die Arbeiterkomitees die Eigenschaft einer Organisation haben, die sich auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse stützt und von der Existenz der Klassen ausgeht. Sie müssen aus verantwortungsbewußten, demokratischen Revolutionären bestehen, aus Menschen, die politisch organisiert oder auch nicht organisiert sind, die das Klassenbewußtsein an die Arbeiter herantragen, und die anfänglich von den bewußteren Kräften am Arbeitsplatz gebildet werden.

Bei dem Aufbau der Klassen- und Massengewerkschaftsstrukturen haben die Arbeiterkomitees einen wichtigen Stellenwert. In diesen Komitees muß unter der Führung der bewußten Kräfte Propaganda und Agitationsarbeit geleistet werden, um das politische Potential der Arbeiter zu mobilisieren und das Vertrauen der Arbeiter in sich selbst zu stärken. Die Gründe für die im Alltag erlebten negativen Erfahrungen und das Gefühl der Schwäche müssen erklärt werden, das Bewußtsein für die Veränderung dieser Bedingungen - das Bewußtsein eine Klasse für sich zu sein - den Arbeitern aufgezeigt werden. In ihren Beziehungsnetzen handeln sie mit dem Inhalt, die Führungsfähigkeiten der Klasse zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang sind sie als Gewerkschaftskeime zu sehen, in denen die ersten Schritte für das Bewußtsein gemacht werden, daß die Produzierenden auch die Regierenden sein werden. Arbeiterkomitees sind Komitees, die sich nach den jeweiligen Bedingungen der Arbeitsplätze formen, angefangen vom kleinsten Problem am Arbeitsplatz bis zu den ganz allgemeinen Problemen diskutieren, Beschlüsse fassen und die bewußte Teilnahme der Arbeiter erhöhen.

Die Koordination von Schulung, Organisation, der Anwendung oder des Entwurfes des Gesamtarifvertrags, die Bestimmung von Verantwortlichen für die gewerkschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf die persönlichen Probleme der Arbeiter müssen in organisierten Beziehungen stattfinden. Diejenigen, die Aufgaben übernehmen, werden von Arbeitern, die an den Räten teilnehmen, bestimmt.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Schulung. Die Schulung beinhaltet das Lehren von Begriffen bis zum Begreifen der Klassenwirtschaft. Die Schulung, die während der Arbeit und auf dem Arbeitsweg laufen wird, muß gemeinsam mit der Organisation laufen. Der Informationszufluß von anderen Arbeits-



davon aus, daß das Wort, die Macht, die Entscheidung dem werktätigen Volk gehört. Aus diesem Gründen müssen statt der gelben, kollaborierenden Gewerkschaften, die von der herrschenden Klasse bestimmt werden, Klassen- und Massengewerkschaftsstrukturen geschaffen werden, die durch die eigene Kraft der Arbeiterklasse aufgebaut werden, in denen die ArbeiterInnen bei jeder Stufe der gewerkschaftlichen Organisation, bei jeder Entscheidung teilnehmen, die sie kontrollieren, in der die ArbeiterInnen die Politik der Gewerkschaftsorganisation bestimmen und umsetzen können.

Diese Klassen- und Massengewerkschaft nimmt die Politik in ihrer Gesamtheit wahr. Sie macht den ökonomischen Kampf vom allgemeinen Kampf abhängig. Die zu schaffende Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse kann nur im Klassenkampf und in Aktivitäten verwirklicht werden. Diese Einheit stellt keine leere Einheit dar, die sich

recht haben, können gewonnene Stellungen verteidigt und neue Stellungen ausgebaut werden. Diese Arbeiterkomitees sind die Keime der revolutionären Gewerkschaftsstrukturen.

Die Gewerkschaftsstruktur in unserem Land steht auf dem Kopf. Die herrschenden Klassen haben den Gewerkschaften die von ihnen gewünschten Strukturen und Funktionen gegeben. Die Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß diese auf dem Kopf stehende Struktur auf die Füße steht.

Die Gesetze und Verordnungen bestimmen, mit wieviel Personen die Gewerkschaftsorgane geleitet werden und legen ihre Befugnisse und Verantwortung fest. Ihre Funktion wurde auf die Verteidigung der Löhne und der sozialen Rechte der Arbeiter beschränkt. Sie halten Versammlungen in der vorbestimmten Zeit und wählen ihre Vorstände. Die Vorstandsmitglieder reden im Namen der Arbeiter mit dem Arbeitge-

gen, daß die Arbeiter in jeder Stufe der Organisation an Entscheidungen teilnehmen könne, diese kontrollieren und die Politik der Gewerkschaftsorganisation bestimmen und ins Konkrete umsetzen können. Mit der Entstehung einer solchen Struktur, kann die Organisation auch durch die Befehle einer Handvoll von Tyrannen nicht abgeschafft werden. Der Name kann verändert werden, aber die Organisation und der Kampf kann, den Bedingungen der Phase entsprechend in einer anderen Form weitergeführt werden.

Die Kontinuität des Kampfes und der Organisation kann durch den Aufbau der Organisationen, die das Ziel haben, revolutionäre Gewerkschaftsstrukturen zu schaffen, ermöglicht werden.

Auf dem Weg zur Lösung des Problems, muß man mit denjenigen gehen, die das Problem haben. Dies bedeutet sich mit den Arbeitern auf den Weg zu machen. Die Arbeiter müssen an ihren Arbeits-

und Lebensbereichen wird zu konstruktiven Beschlußfassungen beitragen.

Dieser Bewußtseinseinfluß wird die Kette der Entpolitisierung brechen, die Probleme und Rechte der Arbeiter aufnehmen und dafür sorgen, daß sie in diese Richtung den entscheidenden Kampf aufnehmen. Die Arbeiterklasse, die die Welt verändern wird, wird sich während dieser Phase mit ihrer eigenen Wissenschaft wappnen. Sie wird, angefangen von dem kleinsten Problem am Arbeitsplatz bis zu allgemeinen Problemen Stellung nehmen und interveniert in jedem Lebensbereich. Sie sieht ihre Beziehungen in Verbindung mit der Politik und bewertet ihren ökonomischen, demokratischen Kampf in Verbindung mit dem allgemeinen politischen Kampf.

DIE ARBEITERRÄTE

Die Arbeiterräte sind Beziehungen, die in der Organisationsphase der Arbeiterkomitees geschaffen werden. Die Räte und Komitees bilden in Bezug auf Funktion und Tätigkeit eine Gesamtheit.

Die Arbeiterkomitees vertreten die Organisation in Klassen- und Massengewerkschaften, welche sich auf die Realität des Arbeitsplatzes zu stützen haben. Die Komitees entstehen aus den Räten. Aber unter best. Bedingungen (innerhalb der gelben, Gangster-, faschistischen Gewerkschaften) werden die Räte Produkte des direkten Aufbaus von Arbeiterkomitees und deren Organisation sein.

Die Arbeiterräte schließen, in einer Einheit (an einem Arbeitsplatz) alle Arbeiter ein und verinnerlichen so Formationen wie Leitung und Veränderung durch den Arbeiter. Wir können die Räte als Bereiche betrachten, in denen die Arbeiter die oben genannten Aktivitäten ausführen, anstatt daß andere für sie entscheiden. Die Arbeiter, die an den Arbeiterräten teilnehmen, müssen eine Masse (Arbeiter) werden, die Interesse und Sensibilität an gewerkschaftlicher Plattform, an den Problemen des Landes sowie an alltäglichen Problemen zeigt.

In diesem Sinn müssen die Räte alle Arbeiter an einem Arbeitsplatz einbeziehen. Der einheitsliche Hauptzweck ist die konkrete Umsetzung der Devise "die Arbeiter müssen regieren lernen". Es taucht die Frage auf, wie die Arbeiterkomitees und Arbeiterräte in den Klassen- und Massengewerkschaften oder auch in gelben Gangstergewerkschaften, die mit der herrschenden Klasse kollaborieren, areitsfähig gemacht werden können.

Diese Keime dürfen niemals ihre Hauptfunktion, nämlich die Gewerkschaftsorganisation der Klasse aufzubauen, aus den Augen verlieren.

Für die Gewerkschaften, in denen die Klassen- und Massengewerkschaftsauffassung herrscht, kann gesagt werden: Mit dem Eintreten für eine solche Struktur müssen sie von oben nach unten mit der Organisation anfangen. Diese Organisation muß von den Gewerkschaftsbeziehungen der Arbeitervertretung wegkommen. Die Organisation, die die Gewerkschaften von oben nach unten aufbaut, darf nicht als Zwang aufgefaßt werden, der anstelle von der Klasse von anderen von oben nach unten praktiziert wird. Falls diese Neigungen existieren, müssen sie unterbunden werden. Durch die entstandenen Funktionen müssen die Arbeiterkomitees eine klare Struktur erreichen. Sie müssen Aufgaben erfüllen, wie das Lesen und Analysieren der Zeitungen und so der täglichen Entwicklungen, das Wei-

terleiten der Klassenideologie in die Klasse, die Organisation der einfachsten Forderungen bis zum Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsstruktur der Klasse. In den gelben Gangstergewerkschaften fängt der Aufbau dieser Strukturen mit den Arbeitern an einem Arbeitsplatz an, die die Arbeiterkomitees und Arbeiterräte akzeptieren.

In diesen Gebieten werden die Funktionäre und ihre Kollaborateure in den Gewerkschaften die Entstehung der Arbeiterkomitees verhindern wollen. Oder sie werden Angriffe gegen die entstandenen Arbeiterkomitees unternehmen. Aus diesen Gründen müssen die Arbeiter bei der Umsetzung der Arbeiterkomitees ihre Beziehungen so aufbauen, daß um diese zu schützen, auf die illegale Seite das Schwergewicht gelegt wird.

Es wird schwierig sein, in diesen Gebieten Arbeiterkomitees und Räte aufzubauen und sie weiterzuführen. Aber man darf nicht vergessen, daß für diejenigen, die die Verhältnisse verändern wollen, die Bedingungen immer sehr schwer sein werden. Bequemlichkeit ist für diejenigen, die sich den Bedingungen ergeben.

Hier müssen die bewußten Teile sich sensibel verhalten und sich die Aufgabe stellen, eine Organisation aufzubauen, die bis zu den untersten Produktionseinheiten geht. So wird bei verschiedenen Problemen, bei Angriffen von gelben Gewerkschaften und Arbeitgebern gegen die Arbeiterkomitees erreicht, daß in dem gleichen Maße Vorkerhungen, Handlungen und Aktivitäten dagegen entwickelt werden. (Die Arbeit liegen zu lassen, gemeinsam handeln u.a.)

In diesem Sinne dürfen die Aktivitäten der Arbeiterkomitees nicht nur auf den Arbeitsplatz begrenzt werden. Sie müssen in der Lage sein, Aufgaben zu übernehmen, Schritte zu machen, Vorkerhungen zu treffen, um den Arbeitern bei den Schwierigkeiten in ihrem sozialen Leben zu helfen und sich mit ihnen darin zu solidarisieren (Wohnungsnot, Krankheiten, Schulprobleme der Kinder usw.).

Die Arbeiterkomitees müssen in dem Punkt, wo sie sich als eine organisierte Kraft begreifen, Vorkerhungen für mögliche Probleme treffen und sich bewußt darüber sein, daß sie Kanäle für das Weiterbestehen der Komitees finden müssen.

Mit einem Beispiel versuchen wir das Thema näher zu erläutern.

Nehmen wir einmal an, daß Delegiertenwahlen in der Gewerkschaft anstehen. Was werden die Komitees tun? Sie können nicht unbeteiligt bleiben. Sie werden alle Informationen, die sie innerhalb der Beziehungen mit den anderen Arbeitsplätzen gewonnen haben, auswerten und eine Einschätzung treffen, ob sie die Kraft haben, ihre Gewerkschaft zu verändern (im Sinne einer Klassen- und Massengewerkschaft). Wenn sie der Meinung sind, daß sie die Kraft dazu haben, werden sie Delegierte bestimmen. Sie werden festlegen, was für eine Strategie sie bei dem Kongress befolgen werden und was sie ihren Kollegen und im allgemeinen der Klasse mitteilen wollen und mit den aufgestellten Delegierten kandidieren. Das Gegenteil kann auch in Frage kommen. Falls die Arbeiterkomitees sehen, daß sie die vielfältigen Unterdrückungen und Spiele der gelben, Gangster-, faschistischen Gewerkschaft, in der sie Mitglied sind, nicht brechen können, werden sie in ihrer Vollversammlung ihren Kollegen klarlegen, daß eine Lösung mit einer neuen Organisation verbunden ist und die Dringlichkeit einer solchen Organisation. Genauso müssen sie über den existierenden Tarifvertrag informiert sein, die negativen Seiten der Gewerkschaft bloßstellen und so wohl den Arbeitgeber als auch die

Gewerkschaft zwingen, die nützlichen Teile des Tarifvertrags zu befolgen. ...

Bei Entlassungen müssen sie einerseits das wahre Gesicht der gelben Gewerkschaft bloßstellen, andererseits durch den Aufbau einer breiten Solidarität versuchen, ihre Kollegen zu schützen (mit einer Kampflinie, die den Bedingungen entspricht). ...

WIE SOLLEN DIE ARBEITERKOMITEES FUNKTIONIEREN?

Die Arbeiterkomitees sehen die Arbeiter in der Rätestruktur nicht wie Schafe, die geführt werden. Im Gegenteil, sie sorgen dafür, daß die Beschlüsse auf dieser Organisationsebene, die Anwendung der Beschlüsse, die Kontrolle der Beschlüsse und ihre Bewertung direkt mit der aktiven Beteiligung der Arbeiter erfolgt. Diese Auffassung sorgt dafür, daß sich die Arbeiter an der Arbeitsplatzorganisation konstruktiv beteiligen. Sie fördert ihre Fähigkeit, Beschlüsse zu fassen, zu verändern und beschleunigt mit entwickelteren Formationen ihre Aktivitäten. ...

Eine solche demokratische Plattform auf der Basis der Gemeinsamkeit der Prinzipien und des gemeinsamen Kampfes schafft demokratische Mechanismen. Damit dies so funktioniert, muß das Prinzip des demokratischen Zentralismus voll und ganz angewendet werden.

Der demokratische Zentralismus gewährleistet nicht nur die Gesamtheit der Organisation, er beinhaltet auch, daß die demokratischen Mechanismen nicht nur als technische und verwaltische Mechanismen verstanden werden. ...

Näher betrachtet: der demokratische Zentralismus wird meist nicht richtig und konsequent in die Praxis umgesetzt, da er nicht ganz verstanden wird. ...

Entweder sagt jeder, was ihm in den Kram paßt und verhält sich undiszipliniert, so daß es zur Auflösung der Organisation kommt, oder das Schwergewicht wird auf den Zentralismus gelegt, der demokratische Zentralismus wird als Verwaltungsfunktion zur Regelung der Disziplin aufgefaßt, jede Beziehung wird als Chef-Angestellten-Verhältnis, oben-unten-Beziehung aufgefaßt, die zur Sekretariat-Bürokratismus-Krankheit führt.

Der demokratische Zentralismus ist eines der Prinzipien der Wissenschaft der Arbeiterklasse konkretisieren, werden das Prinzip des demokratischen Zentralismus in den bestehenden Bereichen in diesen Bereichen beachten ... Somit wird dieses Prinzip nach der bestehenden Realität angewandt. Demokratischer Zentralismus ist das Prinzip, das der organisierten lebendigen Praxis des Befreiungskampfes gegen das Ausbeutung- und Raubsystem (Kapitalismus) entspringt.

Wenn in den Arbeiterkomitees nach diesem Prinzip konsequent vorgegangen wird, werden die Arbeiter in ihrem ökonomisch-demokratischen Kampf Fortschritte erzielen. ... Durch die Entwicklung des Kampfes wird die Organisation der Arbeiterklasse hohe Ebenen erreichen, der Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsstruktur wird voranschreiten. D.h. der demokratische Zentralismus wird, falls er richtig aufgefaßt und angewandt wird, in dem sich entwickelnden Kampf der Arbeiterkomitees, auf höherer Ebene neue Dimensio-

nen gewinnen.

Der demokratische Zentralismus hat die Fähigkeit, entgegengesetzte Begriffe wie Demokratie und Zentralismus in ihrer Gesamtheit zu vereinen. Er ist aber keine mechanische Zusammensetzung aus diesen zwei Begriffen. Demokratie und Zentralismus sind in einer Verbindung, die untereinander ein elastisches Gleichgewicht beinhalten. Die objektive Situation kann es notwendig machen, daß in einer Phase auf die eine Eigenschaft und in einer anderen Phase auf die zweite Eigenschaft das Schwergewicht gelegt wird. Was hier mit der einen Seite das Schwergewicht geben gemeint ist, ist nicht die Ungültigkeit der anderen Seite oder daß die andere Seite nicht praktiziert werden soll. Beide Elemente müssen dialektisch betrachtet, bewertet und differenziert werden, sie stellen keine mechanische Verbindung dar. Kommen wir zur Frage der praktischen Umsetzung in den Arbeiterkomitees. Die Arbeiterkomitees sind Organisationen auf lokaler Ebene, die aus dem Handlungsbedürfnis einer Auffassung entstehen, die besagt, daß der Kampf in einer konsequenten Route laufen und langfristig sein muß. Die Umsetzung der Arbeiterkomitees in die Praxis ist ein Produkt des Zentralisierungsbedürfnisses, das das Konkrete eines Bereiches, in dem der Klassenkampf am schärfsten und unerblütlichsten erlebt wird, analysiert, das von der Notwendigkeit ausgeht, die in bestehender Situation notwendigen Organisationen aufzubauen. Die zentral organisierten Arbeiterkomitees sind deswegen sowohl in ihrer internen Struktur als auch in den Rätestrukturen, an denen sie beteiligt sind, demokratisch. Die existenzielle Bedingung der Komitees ist das Entscheidungs- und Mitspracherecht der Arbeiter an der Lösung ihrer speziellen und der allgemeinen Probleme. Die Umsetzung dessen in die Praxis ist dann möglich, wenn begriffen und angewandt wird, daß der demokratische Zentralismus in seinem Kern Demokratie in der Organisation heißt. Somit wird das Entscheidungs- und Mitspracherecht der Arbeiter nicht nur theoretisch sein, sondern auch in die Praxis umgesetzt werden. ...

Die Garantie dafür, daß der demokratische Zentralismus funktioniert und daß keine Abweichung stattfindet, ist ein funktionierender Kritik-Selbstkritik-Mechanismus. Allerdings darf Kritik nicht als Zermürbung des Anderen oder Mittel um ihn klein zu kriegen aufgefaßt werden. Außerdem müssen bei Kritik nicht nur Fehler aufgezeigt werden, sondern auch die richtigen Alternativen. Selbstkritik bedeutet nicht, mit Worten zu beichten wie: "Ich habe falsch gehandelt, verzeiht!". Der Kritik- und Selbstkritikmechanismus muß so benützt werden, daß Fehler ausgemerzt werden und Tendenzen, die zu falschen Handlungen führen, detailliert analysiert und in Betrachtungsweisen umgesetzt werden, die die richtige Vorschläge bringen. Der Kritik- und Selbstkritikmechanismus kann vor allem durch überzeugte Tätigkeit, Aufrichtigkeit und richtiges Wissen über den Kampfweg als richtige Art angewendet werden.

Deshalb muß Kritik und Selbstkritik zu einem Baustein und zu unserem täglichen Brot werden. Die Umsetzung dessen ist mit einer kollektiven Produktivität und kollektiver Praxis möglich. Der einzige Weg der Organisation der Kollektivität für die Umsetzung des Entscheidungs- und Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und für die konsequente und richtige Realisierung der Demokratie konkretisiert sich heute in den Arbeiterkomitees.

DIE PRINZIPIEN DER ARBEITERKOMITEES

- Die Arbeiterkomitees sehen ihr Hauptziel im Aufbau einer Klassen- und Massengewerkschaftsstruktur (revolutionäre Gewerkschaftsstruktur)

- Sie schulen die Klasse im Hinblick auf die eigene Wissenschaft und betreiben Aktivitäten, die das Bewußtsein, eine Klasse für sich zu sein, entwickeln.

- Sie handeln in der Auffassung, daß die Probleme unter den Arbeitern von den Arbeitern selbst gelöst werden müssen.

- Sie schlagen Lösungen im Bezug auf die Arbeitsplatzprobleme der Arbeiter vor und machen praktische Schritte.

- Die Arbeiterkomitees handeln in allen ihren Beziehungen mit der Parole "Wir sind diejenigen, die produzieren. Wir werden diejenigen sein, die regieren." und "Die Arbeiter müssen regieren lernen".

- Jede Aufgabenverteilung wird durch die eigene Initiative der Arbeiter bestimmt. Die Arbeiter haben in allen Beziehungen und Organisationen das Bestimmungs- und Entscheidungsrecht.



- Es ist natürlich, daß in den Arbeiterkomitees Arbeiter teilnehmen, die eine Wahl im Hinblick auf ihre politische Organisation getroffen haben. In jeder Stufe der Organisation und in jeder Phase des Kampfes besteht die Hauptaufgabe der Arbeiter im Aufbau der Klassen- und Massengewerkschaftsstruktur und die Arbeiter mit der Wissenschaft der Arbeiter zu wappnen. Die Probleme, die durch die politische Wahl entstehen, sollten nicht in diesem Bereich ausgetragen werden. Dieser Bereich darf nicht die inneren Probleme der politischen Strukturen und ihrer Widersprüche fragen.

- Das heißt aber nicht, daß diese Organisation die politischen Faktoren, die während einer gedanklichen Entwicklungsphase entstehen, verhindert oder verbietet. Aber die Hauptprobleme und Bedürfnisse dieses Bereiches sind die primären Bewegungsgründe.

- Sie verdeutlichen den Klassenkampf, die Hauptaufgaben dieses Kampfes und dienen mit ihren Aktivitäten dieser Aufgabe.

- Heute ist es dringend erforderlich, daß die Arbeiter politisiert werden und die Auffassung der Klassen- und Massengewerkschaft den Arbeitern in ihrem wahren Sinne weitergegeben wird. Die Arbeiterkomitees beschleunigen ihre Aktivitäten in dieser Richtung.

- Die Arbeiterkomitees müssen ihr Beziehungs- und gegenseitiges Einflußnetz mit den übrigen Organisationen der Werktätigen und der Bevölkerung in diesem Gebiet ausweiten. Sie müssen mit ihnen in solidarischer und unterstützender Beziehung stehen.

- Sich nur mit den Problemen des Arbeitsplatzes zu beschäftigen heißt "den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen". Dies entfernt die Arbeiter

TÜRKEI INFORMATION UND SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Eine neue Redaktion von deutschen und türkisch/kurdischen FreundInnen hat sich gebildet, um der Türkei Information ein neues Gesicht zu geben. Die Bildung der Redaktion erfolgte im Laufe eines Diskussionsprozesses an dem sich Interessierte aus verschiedenen Städten der BRD und aus West-Berlin beteiligten. Die Ergebnisse dieser Diskussion, die keineswegs abgeschlossen ist, wollen wir hier als Anregung und Aufforderung zur Einmischung wiedergeben.

In der letzten Nummer haben wir den Beitrag eines unserer Redaktionsmitgliedes abgedruckt, der sich vornehmlich auf den Blickwinkel der Notwendigkeiten und Bedingungen in der Türkei und Kurdistan beschränkt. In dieser Nummer wollen wir uns mehr auf die Situation in der BRD beziehen. Die Geschichte der Solidaritätsbewegung mit der Türkei/Kurdistan, Kritik und Selbstkritik an dieser, speziell auch an der "alten" Türkei Information, sowie unsere Voraussetzungen und Motivationen für Solidaritätsarbeit sollen aufgezeigt und zur Diskussion gestellt werden. Dabei haben wir versucht, auf die Grundsätze und Bedingungen einzugehen, die eine Solidaritätsbewegung (SB) möglich macht, bzw. deren Kontinuität sichert. Denn: mit den Problemen, die wir hatten/haben, mußten/müssen sich andere Solidaritätsgruppen vor uns und neben uns in gleicher Weise auseinandersetzen. Wir wollen damit einen Versuch unternehmen, aus der Geschichtslosigkeit und Isolierung herauszutreten. Wir wollen uns mit der Diskussion um die Neugestaltung der Türkei Information auf unsere eigene Geschichte und die anderer Solidaritätsgruppen und -bewegungen beziehen und so Verbindungen herstellen. Gleichzeitig wollen wir die Grundlagen darstellen, auf denen die neue Redaktion der Türkei Information sich vorgenommen hat zu arbeiten. Wir hoffen, daß diese als Anregung zur Diskussion und zur aktiven Mitarbeit verstanden werden.

Wir stellen Aufbau und Form der bisherigen SB mit der Türkei und Türkei-Kurdistan, einschließlich der Türkei Information und anhand dieser zur Diskussion.

Was hingegen nicht in Frage steht, ist Glaubwürdigkeit und Legitimität des Kampfes der kurdischen und türkischen Völker gegen wirtschaftliche, soziale und politische Unterdrückung. Dieser Kampf fordert und verdient unsere umfassende Solidarität. Daß wir eine Zeitung wollen, als Ausdruck, Vermittlung von und Aufforderung zur Solidarität, steht ebenfalls außer Frage. Die Diskussion um die Neugestaltung der T.I. berührte alle wesentlichen Punkte der Solidarität allgemein und orientierte sich an in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen.

Die T.I. ist nicht losgelöst von der Geschichte der kurdt./türk. Linken, besonders in den letzten 10 Jahren, auch mit ihren speziellen Entwicklungen hier, zu betrachten.

Genauso dazugehörig ist die Position und Politikfähigkeit der BRD-Linken zu dieser Zeit. Ausgehend von diesen Faktoren, die die SB bestimmen, haben wir uns zunächst mit den Auswirkungen beschäftigt, eine genauere Analyse muß noch erfolgen.

Rückblick

Im Gegensatz zu anderen Solibewegun-

gen (Vietnam, Chile, Nicaragua ...) gibt es zur Türkei/Kurdistan-Solidarität nur mehr wenig umfassende Reflexion. Der Zeitraum der uns beschäftigt beginnt etwa 1978/79.

Hier bildeten sich, aufgrund der verschärft revolutionären Situation in der Türkei und Kurdistan Aktionseinheiten und Komitees, die zum größten Teil aus RevolutionärInnen türkischer und kurdischer Organisationen bzw. deren Auslandskomitees sowie AntifaschistInnen hier bestanden. Diese waren überregional organisiert, z.B. gegen die damals agierenden Grauen Wölfe (MHP-Türkes).

Schon damals gab es die Situation, sich EINER der vielen türk. und kurdt. Organisationen anschließen zu müssen, über deren Inhalte und Ziele es hier nur wenig Klarheit gab (und auch heute immer noch nicht gibt). "Jede Organisation und Bewegung in der Türkei und Kurdistan schuf in Europa Komitees und spezielle Organisationen zur Solidarität mit sich selber ..." (T.I. Nr.6, 1980)

Aufgrund der revolutionären Stimmung in der Türkei entstanden gute Beziehungen zwischen der türk./kurdt. Linken damals noch relativ stärkeren, aktionsfreudigen "radikalen" Linken der BRD, wenn auch theoretisch Grundlagen-Übereinstimmungen wie Differenzen- oft unausdiskutiert blieben.

Bis über den Putsch hinaus blieb diese Erwartung einer revolutionären Veränderung bestehen. 1983 bildeten Teile der türk./kurdt. Linken (PKK, Devrimci Yol, Acilceler sowie verschiedene kleinere Gruppen) eine gemeinsame Front in Europa (BIRKOM), in Anlehnung an die "Vereinigte revolutionäre Front gegen den Faschismus", die sich 1982 aus diesen Gruppen zusammengeschlossen hatte. Nach dem Scheitern dieser Einheitsfront und damit dem Scheitern des letzten organisierten Widerstandes außerhalb der Gefängnisse, löste sich auch BIRKOM auf.

Die Herausgabe der T.I. begann Ende 1979 durch die entstandenen Türkei-Komitees. Diese Komitees setzten sich hauptsächlich aus dt. AntifaschistInnen und Devrimci Yol'ern zusammen. 1983 hatte die T.I. ca. 15.000 LeserInnen.

Nach dem Putsch und den tausenden von Verhaftungen und Folterungen in den türkischen Gefängnissen, konzentrierte sich die Solidarität mehr auf die Situation der Gefangenen, weniger auf den Widerstand. Humanistische Kräfte, wie z.B. Amnesty International bestimmten zu diesem Zeitpunkt mehr und mehr die Ausrichtung der Inhalte der Solidarität.

"Spektakuläre Siege des Widerstandes, die ein stimulierendes Mittel für große Massenmobilisierungen der Solidaritätsbewegung sein können, wie z.B. während des Indochinakrieges, sind kurz- und wohl auch mittelfristig nicht zu erwarten. Illusionen dieser Art hegen, ließe die Solidaritätsbewegung auf Sand bauen und die Demokratisierung vorbereiten."

Es wird in Zukunft immer weniger möglich sein, allein oder vorwiegend auf der Basis moralischer Empörung über die barbarische Repression gegen die chilenische Arbeiterklasse Massenmobilisierungen gegen die Militärdiktatur zu organisieren (was in den ersten Monaten nach dem Putsch zweifellos noch der Fall war).

An diese Einschätzung war die Forderung geknüpft: "Die schwierige Lage, in der sich der

Widerstand in Chile heute befindet und die veränderte Situation, in der sich die Solidaritätsbewegung, im Vergleich zur Zeit unmittelbar nach dem Putsch, befindet und die daraus abgeleiteten Aufgaben und Möglichkeiten der Solidaritätsbewegung erfordern den Aufbau bzw. die politische und organisatorische Stärkung einer Solidaritätsbewegung, die -relativ unabhängig von Siegen und Niederlagen des Widerstandes in Chile- kontinuierlich, national und international koordiniert und zentralisiert, und ausgestattet mit längerfristigen konkreten Arbeitsperspektiven die Solidaritätsarbeit weiterführt."

Aus dem Buch "Hoch die internationale Solidarität" von Werner Bansen und Karl Rüssel

Da die erwarteten revolutionären Veränderungen nicht eintrafen, ganz im Gegenteil, die türk./kurdt. Linke in der Türkei fast völlig zerschlagen wurde, im Ausland sich immer weiter spaltete und zerstritt, gab es einen Prozeß der allgemeinen Desillusionierung, der sich entmobbilierend auswirkte. Zusätzliche Verwirrung unter den UnterstützerInnen der SB konnten, aufgrund nicht erfolgter Analyse über die Realität in der Türkei, die "allgemeinen Wahlen" 1983, sowie der damit von den Herrschenden heraufbeschworene "Demokratisierungsprozesse", stiften.

Der damals eingeleitete Prozeß der Legitimation des offenen Faschismus in der Türkei in der europäischen Öffentlichkeit (sowie dessen Institutionalisierung in der Türkei) hatte 1986 einen seiner Höhepunkte in der Einladung des Putschgenerals Evren in der BRD.

Gleichzeitig fast mit der Spaltung von Devrimci Isci/Göçmen, lösten sich die Türkei-Komitees, die mehr oder weniger an Devrimci Yol gebunden waren, auf. Anfang 1984 wurde die Herausgabe der T.I. eingestellt. Später erschienen noch einzelne Nummern, die hauptsächlich von FreundInnen von Devrimci Isci vorbereitet wurden. Der jetzt über neun Jahre dauernde Kampf gegen Faschismus in der Türkei und Kurdistan erfordert nicht nur von den RevolutionärInnen dort, sondern auch von den AktivistInnen der Solidarität hier einen langen Atem. Die Zeit begünstigt Verunsicherungen.

Jetzt wo der Kampf des kurdischen Volkes um Befreiung, der Kampf der noch unorganisierten Arbeiterklasse, sowie der andauernde Widerstand der politischen Gefangenen das Schweigen brechen, gibt es verstärkt spontane und organisierte Solidaritätsprozesse bis hin zu Einheitsplattformen - es zeichnen sich vereinzelt Versuche ab, die Spaltung zu überwinden, wohl auch deshalb, weil in der Türkei und Kurdistan zumindest an der Basis des Widerstands, in den Gefängnissen, an den Unis, in den Fabriken der antifaschistische Kampf gemeinsam geführt wird.

Kritik/Selbstkritik

Zur Kritik/Selbstkritik an der bisherigen Solidaritätsbewegung stellen wir folgende Thesen auf:

- Die Solidarisierung hat sich am Widerstand in der Türkei/Kurdistan gebildet und ist mit seiner Zerschlagung auch gefallen.

- Die Diskussionen um Inhalt und Ziel der revolutionären Bewegung in der Türkei sowie der SB hier wurde nicht gründlich genug geführt.

- Ausgangspunkt der Solidarisierung

war/ist oft eine spezielle Organisation, mit der sich mehr oder minder identifiziert wird, ohne daß Inhalte genügend vermittelt wurden. So entsteht eine starke Abhängigkeit vom Stehen und Fallen dieser Organisationen (Spaltungen, Fehler, Schwankungen)

- Die BRD-Linke neigt dazu Solidaritätskomitees/arbeit zu nutzen, um vor den "Mühen der Ebene", der Erfolgslosigkeit der Politik der Linken in der BRD, der Resignation darüber zu fliehen, und neigt deshalb dazu, bestehende Widersprüche innerhalb der ausländischen Linken zu verlegen (Suche nach der "totalen Identifikation")

Es widerspricht jeglichem linken Grundverständnis und zeugt von fehlender Einsicht in Zusammenhänge, dort eine Revolution zu wollen (eine revolutionäre Bewegung zu unterstützen) und hier sich aus der Politik herauszuhalten (wie es auch umgekehrt unmöglich sein sollte, hier auf Veränderung hinzuwirken und dabei nicht internationale Zusammenhänge zu sehen und entsprechend zu handeln)

- Die Undurchsichtigkeit und geringe Vermittlungsbereitschaft der türk./kurdt. Linken hier erschwert Solidarierungsprozesse.

- Die fehlende/ungenügend gründliche Auseinandersetzung der türk./kurdt. Linken mit hiesigen Verhältnissen begünstigt Fehlentscheidungen. Die Augen verständlicherweise auf die Türkei gerichtet, mit Türkei-spezifischen Maßstäben messend, erwarten sie doch Unterstützung hier und sind zusätzlich mit BRD-spezifischen Bedingungen und Repressionen konfrontiert. Dazu kommt auch das fehlende Wissen über die "dynamischen Kräfte" hier, das zu Fehlentscheidungen führt/e.

Kritik an der T.I. der letzten 4 Jahre

Die meisten Fehler und Schwächen in der inhaltlichen und formalen Gestaltung der T.I. beruhen darauf, daß es unmöglich ist, mit einem sehr kleinen, begrenzten Kreis von Leuten eine gute, vielseitige Zeitung herauszugeben. Dieser Mangel kann diesen Leuten nicht persönlich angelastet werden, ganz im Gegenteil, es verdient große Hochachtung, in Zeiten der allgemeinen Resignation und Desorganisation den Versuch zu unternehmen, die Kämpfe in der Türkei und Kurdistan weiterhin zu unterstützen und vermitteln.

Dennoch hier einige Kritikpunkte an Inhalten und Form der T.I.:

- Legitimationszwangspolitik gegenüber der BRD-Öffentlichkeit im Falle (z.B.) der revolutionären Gefangenen, die wegen "bewaffneter Propaganda" o.ä. vor Gericht stehen, durch Schwerpunkt auf die Beschreibung von Folter, die kurzfristige Empörung oder Mitleid auslösen kann, letztendlich aber Angst und Ohnmacht (= "Jammerpolitik").

- Begriffe wie z.B. "Ausländerhaß/Rassismus, Schuld/Unschuld, Wahrheit, demokratisch..." werden inflationär aber ungenau gebraucht, oft wechselt und vermischt - keine Klarheit (oft aus Sprach- und Übersetzungsschwierigkeiten)

- Unklarheit über die Zielgruppe der Zeitung

- inhaltlich keine klare Linie: reines

Abschildern vermischt sich mit "Klagen" und revolutionären Einschätzungen

- zu wenig Analyse und Hintergrundaufarbeitung zum Begreifen der Realität in der Türkei und Kurdistan - die Beschreibung der Verbindung der militärischen, wirtschaftlichen Verflechtungen der BRD sowie der NATO als Allmacht, reicht alleine nicht aus, um einen Solidarierungsprozeß voranzutreiben

- Vernachlässigung von Berichten über Widerstand und Überleben trotz Folter und Repression (=was läßt den Funken überspringen?...) - Kritik an Form und Aufmachung der (Unsere) Voraussetzungen und Motivationen

Die Diskussion um eine effektive Solidaritätsarbeit wirft die Frage nach möglichen Motivationen für Linke in der BRD auf, sich ausgerechnet zur Türkei und Kurdistan verhalten zu wollen.

Auch hier müssen wir feststellen, daß es Unsicherheiten und Unterschiede im Solidaritätsverständnis gibt.

In Bezug auf die Arbeit um die T.I. steht u.a. die Frage noch offen: Ist es notwendig, auch eine ideologische Einigung unter den Mitwirkenden zu erzielen? Hier wird letztendlich die Praxis eine Antwort geben.

Gesagt werden muß, daß wir alle keine "Professionellen" sind, daß es aber Erfahrungen der einzelnen in politischer Analyse, Zeitungsmachen... gibt. Die meisten von uns waren oder sind in andere politische Zusammenhänge mit eingebunden. Feststellen müssen wir aber, daß die aktive Solidaritätsarbeit für ein Land in der gegenwärtigen unkoordinierten Form sehr viel Zeit und Energie einnimmt, was von hiesigen Bewegungen abzieht. Dies hat u.a. zur Folge, daß die Inhalte und Anforderungen durch uns nicht ausreichend organisch in andere Zusammenhänge hineingetragen werden können, daß wir nicht genug vernetzt sind, die Verbindungen zu den Kämpfen hier in der Praxis nicht ausreichend aufnehmen. Es kommt zu einer künstlichen Trennung. Wie können wir so ein Anwachsen der Solidarität erwarten? Der politische Hintergrund und die Einbindung der Einzelnen ist ein entscheidender Faktor für die Effektivität der Solidaritätsarbeit.

Viele Unsicherheiten und auch Fehler der BRD-Linken entstehen aus der vermeintlichen Geschichtslosigkeit, in der wir uns bewegen. Es gelingt uns schlecht, historische Momente zu begreifen und zu analysieren, d.h. eben richtige Zeitpunkte, angemessene Handlungen, Form und Zielgruppe zu bestimmen. Diese Erscheinung hat sich auch in unseren Diskussionen bemerkbar gemacht: Das Manko an Struktur, an weiteren politischen Einzugsbereichen und Einflußnahme verleiten dazu, alle Vorstellungen und Notwendigkeiten auf die Zeitung zu projizieren. Es entsteht die Illusion, die Versäumnisse der Linken hier aufholen zu wollen, was eine Zeitung unmöglich schaffen kann.

EINE ZEITUNG ERSETZT KEINE BEWEGUNG - wir können nur ein Baustein sein. Letztendlich ist Stand und Kompetenz, aber auch ganz praktisch die Anzahl der Redaktionsmitglieder maßgeblich für Inhalt und Ge

sicht der Zeitung. Ebenso ist die Klärung von offenen Fragen unter uns eine entscheidende Voraussetzung für die Motivation zur eigenen, sowie erst recht zur Mitarbeit anderer. Wir müssen uns die Möglichkeit zur Beurteilung und zur Stellungnahme in Bezug auf die Ereignisse in der Türkei und Kurdistan, zum Widerstand erarbeiten. Dazu gehört die Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Genügend Material dazu ist theoretisch vorhanden - die Frage der Verbreitung und Koordination muß diskutiert werden. Um nicht in Glorifizierung oder Unkonkretheit zu verfallen, muß eine tiefergehende inhaltliche Auseinandersetzung über Theorie und Praxis der Befreiungsbewegungen geführt werden. Hierbei besteht die Gefahr, die Bedingungen des hiesigen Widerstands auf dort zu übertragen, oder auch umgekehrt. Eine große Schwierigkeit besteht darin, die wirklichen Verbindungen der Kämpfe, die hier und dort geführt werden, zu finden, dies überhaupt als notwendig zu begreifen. Nur so kann Solidarität zur internationalen Solidarität und zur Qualität werden.

„...Das erste Wort also müßte die Aufklärung über das Wesen der Weltpolitik sein, und zwar die Auseinandersetzung ihres Zusammenhangs mit der hohen Reife des heutigen Kapitalismus... Sonst bleibt nur die 'ethische' Entrüstung über das Unmenschliche der Kriege übrig oder der bornierte Krämerschnitzpunkt: uns Arbeitern blüht kein Geschäft aus der Weltpolitik... Es wird hier nur mit dem abgebrauchten Schema gearbeitet, wonach die Kolonialpolitik ein schlechtes Geschäft für alle sei. Danach bekämpfen wir die Kolonialpolitik nur, weil sie nichts einbringt...“
Rosa Luxemburg, 1911“

Voraussetzung hierfür ist ein klares Verhältnis zur BRD im internationalen Machtgefüge. Das Wissen über wirtschaftliche und militärische Verflechtungen müssen Grundlage sein, sagen aber noch lange nichts über die Gemeinsamkeit der Kämpfe aus. Diese Gemeinsamkeiten müssen im Rahmen einer solidarischen oder besser internationalistischen Widerstandsbewegung geschaffen werden.

„Die Beschäftigung mit der Dritten Welt wird oft zur Flucht vor der politischen Realität im eigenen Land.“

Diese Notwendigkeit konkretisiert sich nicht zuletzt auch am gemeinsamen Ziel der Herrschenden weltweit: Die Unterdrückung und Zerschlagung jeglicher wirklicher Opposition, die sie in der Durchführung ihrer Projekte stören könnte. Diesem Ziel entsprechend sind die Aufgaben auf internationaler Ebene aufgeteilt. Machtbefugnisse und Grenzen von Macht einzelner Länder sind diesem Vorhaben der Zerschlagung von Widerstand angepasst. Dieses ist aber für die Herrschenden nicht ohne länderspezifische Schwierigkeiten und Widersprüche planbar. Folgerichtig sollen einige Maßnahmen der Herrschenden hier der Aufstandsbekämpfung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern Vorschub leisten: Die Folge von wachsender Kontrolle, verschärfter Überwachung konzentriert sich gerade auf die vielen politischen Flüchtlinge hier. Sie äußert sich in Zusammenarbeit der Geheimdienste sowie der Datenweitergabe bei Asylverfahren. Des weiteren werden in Abstimmung des gemeinsamen Vorgehens Organisationen und Ausländerkomitees, die sich in der BRD weitergehend politisch betätigen, verboten und be-

drängt (wie z.B. das Verbot von Dev Sol und der 129 a Prozeß gegen die zur Zeit stärkste Organisation PKK).

Gründe für die Solidarität mit Türkei/Kurdistan

- Verlagerung des revolutionären Potentials in die neokolonialen Länder
- verstärkte Präsenz der von den Auswirkungen der neokolonialen Ausbeutung Betroffenen hier
- türk./kurd. ArbeiterInnen sind zum Teil der Arbeiterklasse hier geworden, dienen einerseits dem Imperialismus zur weiteren Spaltung derselben und sind dazu als "manövrierbare Masse" abschließbar/verfügbar
- Bestrebungen, den Faschismus in der Türkei und den Krieg in Kurdistan weiter zu legalisieren durch Aufnahme der Türkei in die EG
- die Rolle der Türkei als Gendarm im nahen Osten, die ihr eine spezielle strategische Aufgabe zuweist
- der Versuch der Ausrottung eines ganzen Volkes in Kurdistan, mit maßgeblicher Beteiligung und Unterstützung der BRD, sowie Beihilfe zur Zerschlagung des Befreiungskampfes mit Angriff auf die RevolutioärInnen hier
- Aufrechterhaltung und Stärkung des deutschen Imperialismus durch die neokoloniale Ausbeutung, bei der die Türkei - auch als Natopartner - eine wichtige Rolle spielt, dadurch Stabilisierung des Systems hier
- Aufgabe der deutschen Linken, die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Mit wem solidarisieren wir uns?

Grundsätzlich muß unsere Solidarität allen demokratischen, antifaschistischen und revolutionären Kräften in der Türkei und Kurdistan gelten. Dies entbindet uns jedoch nicht davon, uns mit der politischen Linie und deren Umsetzung durch die verschiedenen Gruppen, Vereine, Aktionsbündnisse usw. auseinanderzusetzen und dazu Stellung zu nehmen. Eine mangelnde oder nicht erfolgte Analyse führt zu Blindheit gegenüber Fehlern - dort wie hier - und in deren Folge zu Enttäuschung und Entsolidarisierung.

Ein anderer großer Diskussionspunkt ist die Frage, ob es überhaupt politisch richtig, notwendig, oder nur der Handlungsfähigkeit halber zweckmäßig ist, mit EINER bestimmten türk./kurd. Organisation zusammenzuarbeiten. Sowohl eine aufgrund vorhandener Parallelen und Sympathien bewußte Entscheidung, mit einer Organisation zu arbeiten, als auch eine aus pragmatischen Erwägungen entstandene Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, die Inhalte und Entwicklungen anderer Organisationen aus den Augen zu verlieren bzw. eine inhaltliche Diskussion mit ihnen zu führen und gemeinsam zu agieren. Wir müssen jedoch die Spaltung der türk./kurd. Linken als eine Realität betrachten, die zwar veränderbar ist, aber nicht von uns BRD-Linken. Wir können lediglich vermeiden, zu weiteren Feindseligkeiten oder Dogmatismus beizutragen.

„In der Dritten Welt wird nicht so sehr das Unbekannte, Fremde gesucht, sondern eher das schon Bekannte, Nahe, möglichst Europäische, vor allem aber das Einfache.“

„Wir wollen uns sowohl als Teil einer Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand in der Türkei und Kurdistan begreifen, als auch als Teil einer Bewegung hier, mit dem Ziel, die imperialistische Politik der BRD zu entlarven und Veränderungen hier zu forcieren, die auch Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung in der Türkei und Kurdistan sind.“ (Infobüro Türkei, West-Berlin)

An wen richtet sich die Türkei Information

Kriterium Nr. 1: Wir können nicht gegen die Zeit rennen! In unsere Vorstellungen müssen wir den Stand der Solidaritätsbewegung, so klein, unkoordiniert und unterschiedlich wie sie ist, miteinbeziehen. Wir müssen in unserer Arbeit davon ausgehen, daß kein einheitliches Selbstverständnis über eine Türkei und Kurdistan Solidarität besteht. Das An-/Aufgreifen der Verhältnisse in der Türkei und Kurdistan ist nicht automatisch in den Inhalten und Praktiken der existierenden linken Gruppen und Bewegungen mit eingeschlossen. Wir müssen von einem Informationsdefizit der hier lebenden gegenüber den Verhältnissen in der Türkei und Kurdistan ausgehen. Diesen Mangel an Informationen und Verbindungen sehen wir als einen weiteren Grund dafür, daß sich in den letzten Jahren eher weniger als mehr Menschen zur Türkei und Kurdistan verhalten haben.

Bei der Diskussion um die Zielgruppe haben wir die These aufgestellt, daß es unser Anspruch sein muß, von SPD-Kreisen bis hin zu den Autonomen alle anzusprechen. Es muß einer der grundlegenden Züge einer auf Veränderung angelegten politischen Arbeit sein, daß sie eine möglichst breite Öffentlichkeit anspricht und erreicht. Die Grenzen sind dort gesteckt, wo wir uns in Inhalten, die unter uns Konsens sind, zurückhalten oder schwammig werden, aufgrund einer, dazu meist noch imaginären Leserschaft...

„Kritische Informationen stören die Idealbilder von der Dritten Welt“

Auch rein humanitäre Gruppen müssen zu unserer Zielgruppe gerechnet werden. Betroffenheit, Humanismus, Empörung sind nicht zu unterschätzende, erste Ansätze einer Solidarisierung, sie sind überhaupt Grundvoraussetzungen um linke Politik machen zu können. (Solidaritätsarbeit neigt jedoch dazu, dieselben auszureizen und auszubeuten). Humanistischen Ansätzen ist die Chance von politischer Entwicklung immanent - nicht zuletzt durch die Möglichkeit der entstehenden Nähe zum "Objekt".

Längerfristig stellt sich die Frage nach den "eigenlichen Verbündeten der Revolution", d.h. in unserem Falle, nach denjenigen Kräften, die eine Solidaritätsbewegung, unabhängig von Konjunkturen und kontinuierlich halten können. In Bezug auf die T.I. müssen wir davon ausgehen, daß ihre bisherige Form schon so etwas wie eine "natürliche Auslese" getroffen hat, d.h. Ausgrenzungen und Miteinschließungsprozesse sind vonstatten gegangen und haben sich automatisiert, es ist ein "Bild" über die Zeitung entstanden.

Die T.I. wendet sich allgemein an politisch schon sensibilisierte Bevölkerungsgruppen und an eine aktive Öffentlichkeit, in der ein Vorwissen von Herrschaftsverhältnissen und imperialistischer Weltaufteilung besteht. Sie wendet sich an diejenigen, die zum Objekt von Rassismus und Ausbeutung

„Wer die Schwierigkeiten einer Revolution nicht kennt, kann ihre Fehler nicht verstehen“

gemacht werden. Sie gibt den Stimmen Ausdruck, die mit Repression belegt sind. Türkei/Kurdistan Spezialisierten versucht sie weitere Information und Hintergründe zum arbeiten zu liefern.

Grundlagen für die "neue" Türkei Information

Die Zeit der reinen Information ist vorbei. Der Sinn von Information ist es nicht, wie es das über uns hereingebrochene Computerzeitalter suggeriert, diese möglichst Kriegeüberdauernd zu speichern, sie möglichst wertfrei, folgenlos und marktgerecht zu formen.

1. Die Wahrheit über diese Gesellschaft ist in der Bundesrepublik vorhanden und sie wird auch publiziert.
2. Diese Kritik spricht sich jedoch nur auf einem so hohen Niveau der Sprache und der Reflexion aus, daß sie folgenlos in sich selbst kreist.
3. Diese unschuldliche Existenz solcher Analysen stärkt zwar nicht die Opposition, dafür aber das Establishment, indem sie als Beweis der Offenheit und Freiheit des Systems fungiert. Diese Tatsache spricht nicht gegen den Widerstand, sondern für die Revolutionierung seiner Mittel.

B.Niromand 1967“

Information ist Teil eines komplizierten, weil menschlichen Kommunikationssystems, welches neutral nicht da bleiben soll wo es ist, sondern letztendlich zur Handlung bewegen soll. Information ist also auch eine Botschaft, eine Aufforderung, nicht zuletzt eine Warnung, daß das, was wir mit den eigenen Augen gesehen haben, nicht alles ist, nicht zuletzt der Versuch, den bleiern Vorhang zu heben, der zwischen die Völker/Menschen gezogen wurde.

Informationsverbreitung bedeutet heute zunächst das Durchdringen des Medienschungels, der tagtäglichen Überflutung, der Verleugnungen, der Falschmeldungen und Retusche. Es bedeutet auch ein Durchbrechen der Ignoranz, die diese Situation unter der Bevölkerung erzeugt hat. Aus halbem oder halbahren Informationen werden oft falsche Schlüsse gezogen. Zusätzlich gestaltet sich eine Situation von außen anders als sie von innen erlebt wird...

„Das Gegenteil von Idealisierung und Blindheit ist off Einmischung und Bevormundung“

Für uns muß wichtig sein, daß wir unsere Aufgaben als InformantInnen ernstnehmen, was eben auch heißt, Ort, Zeitpunkt, Form sowie Grund und Ziel sorgfältig zu wählen und immer wieder zu überprüfen. Wirkliche Information erzeugt Nähe (zum bisher Fremden) und daraus folgt, unter normalen Umständen, Verantwortung für das Gehörte, Gesehene, Gelesene oder Erlebte.

Wir wollen die T.I. als Forum zur politischen Entscheidungsfindung bis hin zur entschiedenen Position! -In ihrer Ausrichtung ist die Zeitung antifaschistisch, antirassistisch, anti-

patriarchalisch - In ihrer Form soll sie demokratisch sein, den verschiedenen Stimmen des Widerstands Raum geben und Ausdruck verleihen.

- Sie soll nicht die Meinung einer einzelnen Organisation verkörpern, sondern durch Analyse gewonnene Beurteilungen der darin arbeitenden darstellen

- Die Zeitung sowie die Mitwirkenden sollten in Verbindung mit anderen Solidaritätsbewegungen (mit anderen Ländern) stehen, diskutieren und sich austauschen sowie ergänzen. Diesen Gruppen sollte Platz gegeben werden, sich darzustellen.

- In ihrer Funktion sollten sie vereinen, nicht ausgrenzen.

- Es soll kein Konkurrenzverhältnis, sondern Ergänzung und Austausch mit anderen Gruppen und Organisationen bestehen.

Durch dergestaltete Verbindungen, durch das Rein- und Raustragen von Informationen, durch die Einbeziehung von Menschen aus verschiedenen Bereichen, zu verschiedenen Themen, sollen schon innerhalb der Zeitung Strukturen geschaffen werden, die der Abgehobenheit und Isolation vorbeugen.

- Ihr Blickwinkel sollte internationalistisch sein, auch mit der nach wie vor als notwendig betrachteten Konzentration auf die Türkei und Kurdistan.

- Ihre Positionen sind partiell aber kritisch - wir betrachten uns als Subjekte der Geschichte, nicht als "objektive" Journalisten.

- Die Wurzeln der Zeitung müssen sich in der BRD befinden

- Sie kann Spiegel von Bewegung sein, zur Koordination dienen, Kampagnen vorantreiben.

- Die Arbeit in und um die Zeitung soll alte Strukturen halten, koordinieren und neue schaffen.

- Es wird von der Wissenschaftlichkeit und der Selbstverständlichkeit der revolutionären Tätigkeit und des Widerstandes ausgegangen.

- Es wird davon ausgegangen, daß es keine Demokratie - noch nicht mal eine bürgerliche in der Türkei und schon gar nicht in Kurdistan gibt.

- Folter ist "logischer" Baustein im faschistischen System und wird systematisch angewandt.

- Wir orientieren uns weiterhin am Verlauf des türk./kurd. Widerstandes, aber nicht als Existenzgrundlage.

„Die 'Reinheit der Lehre' läßt sich eher in der Ferne erhalten als im eigenen Land“

Wir sind uns dessen bewußt, daß unser Vorhaben, der T.I. dieses Gesicht zu geben, nicht einfach und nicht sofort zu verwirklichen ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, ob es uns gelingt, andere Gruppen, Einzelpersonen, Interessierte in die Arbeit der Redaktion mit einzubeziehen, als UnterstützerInnen zu gewinnen, zum Schreiben zu bewegen, Diskussionsprozesse einzuleiten.

Nur so kann es gelingen, eine Zeitung herauszugeben, die dazu beiträgt, die Isolation der Solidaritätsbewegungen aufzuheben, eine neue, breite Solidaritätsbewegung zu schaffen und so zu einer wirkungsvollen Unterstützung des Widerstandes in der Türkei und Kurdistan zu gelangen.

Alle Zitate aus dem Buch "Hoch die internationale Solidarität" von Werner Balsen und Karl Rössel, Kölner Volksblatt Verlag 86

DIE METHODEN DES "SPEZIALKRIEGES" DER TÜRKISCHEN REPUBLIK IN KURDISTAN

Unter der Führung des Amtes für spezielle Kriegsangelegenheiten wird Tag für Tag und großangelegt ein "kalter" und ein "heißer" Krieg gegen das kurdische Volk geführt, der seine physische Vernichtung und Ausrottung zur Folge haben soll.

Mit Erstarren des kurdischen Befreiungskampfes weiteten sich Gesetz und Handhabe zur offenen Kriegsführung aus. Die türkische Regierung gibt den Krieg in Kurdistan nach internationalen Normen zu, er beweist sich tagtäglich und zuletzt in den Massakern um die Räumung des Cudi-Bergs.

a) Operationen, Spezialarmee, Spezialeinheiten
Zweidrittel der türkischen Armee sind in Kurdistan stationiert, d.h. 400.000 von vorhandenen 700.000 Soldaten sind in ständiger Präsenz und Einsatzbereitschaft! Bergkomandos wurden aus Kayseri und Bolu abgezogen. Nach '85 wurden Spezialeinheiten verstärkt in Europa ausgebildet.

Erst '87 wurde die Existenz des Amtes für spezielle Kriegsangelegenheiten zugegeben. In dieser Zeit herrschte Kriegsrecht über allen kurdischen Provinzen, es wurde ein "Supergouverneur" ernannt und mit außerordentlichen Machtbefugnissen ausgestattet. Unter ihm wurde eine Spezialarmee, bestehend aus ca. 64.000 Mann Spezialeinheiten- und Konterguerilla, ausgestellt. Diese Spezialarmee nimmt an Auseinandersetzungen regelmäßig teil.

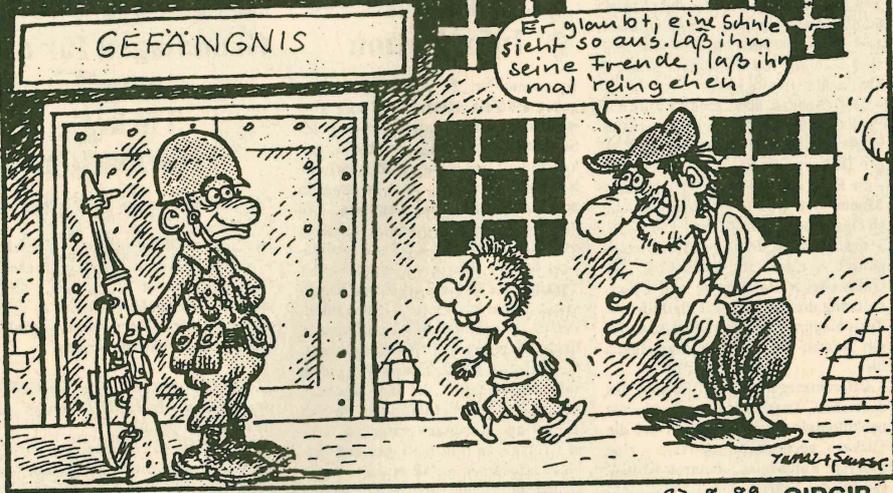
Verwaltungs- und gesetzgebende Befugnisse wurden vollständig an das Amt für spezielle Kriegsangelegenheiten gegeben.
b) Das "Dorfschützerium"
Den meist aus der Westtürkei kommenden und dort auch ausgebildeten militärischen Einheiten, war der "Zugang", die Infiltration in kurdische Gebiete durch Fremdheit und Sprache, sowie Unkenntnis der Gegebenheiten und des Zusammenhaltes der Dorfgemeinschaften, oft erschwert oder unmöglich.

Aus diesem Grund versuchte die türkische Regierung über die Schaffung des "Dorfschützeriums" die Spaltung des kurdischen Volkes, in dem es durch Bestechung und Unterdrückung Bewohner von kurdischen Dörfern zu rekrutieren versuchte.
Ein Dorfschützer verdient das doppelte Gehalt eines Lehrers und hat mehr Befugnisse als ein Polizist. So soll ein Krieg "Kurden gegen Kurden" geführt werden.

Das "Dorfschützerium" beruht auf einem Erlass vom 28. Juni 1985 und sollte 1988 reorganisiert werden. Die festen Strukturen der Dorfgemeinschaften erschweren jedoch die Ausbreitung des "Dorfschützeriums"- die jetzige offizielle Zahl beträgt 12.000. (Milliyet vom 29.3.87)

c) das System der "territorialen Verteidigung"
In den Städten wurde mit Anwachsen des Widerstandes, eine dem Namen "territoriale Verteidigung". Nach Aussage des Chefs Generalstabes beabsichtigt die "territoriale Verteidigung den Schutz der Ganzheit des Landes und der Staatssicherheit" (Tercüman, 1.11.88)

Während man für den Osten für den Bau von Polizeistationen und Gefängnissen 45 Milliarden bereitstellt, gibt es für Krankenhäuser und Schulen keinen Pfennig



umsiedlung) und die Errichtung von militärischen Sperrgebieten. Um Hinterland/Rückzugsgebiet der Guerillaeinheiten der PKK garnicht erst entstehen zu lassen, bestehende Strukturen zu vernichten, sowie Unterstützung des Volkes zu verhindern, terrorisiert das türkische Regime mit massenhaften Zwangsumsiedlungen ganzer Dörfer unter Gewaltanwendung und militärischer Bedrohung. Bei jedem Deportationsversuch muß die türkische Armee jedoch mit Widerstand, Verweigerungen in Form von Besetzungen und Sitzstreiks rechnen.

Mit der Begründung, der PKK geholfen zu haben, wurden in den Gebieten von Dersim (Tunceli) 509 Dörfer zwangsdeportiert, einige von ihnen existieren noch nicht einmal mehr als Name in den Landkarten. (Zusätzlich werden kurdische Dörfer mit türkischen Namen versehen.) Als Grund für Deportation reicht der Vorwurf, daß sich einige Söhne der Familien in den Reihen der PKK befinden. Weiterhin erklärt die türkische Regierung strategisch wichtige Gebiete, in denen sich der Befreiungskampf der PKK entwickelt, zu militärischen Sperrgebieten und

27.8.89 **GIRGIR**
versucht, innerhalb dieser Gebiete unter dem Namen "strategische Dörfer" Lager zu errichten.

e)Die Austellung von Lebensmitteln unter Ration und Bewachung In Kriegsplätze grenzenden Gebieten in Kurdistan wird eine strenge Lebensmittel- und Bekleidungskontrolle durchgeführt. Die Menge von Lebensmitteln, die gelagert werden dürfen, werden vom Staat festgelegt und begrenzt. Wenn mehr Lebensmittel aufgefunden werden, kann eine Familie,

SIND DIE TÜRKISCHEN MILITÄRGERICHTE NACH DÜSSELDORF UMGEZOGEN?

Der PKK Prozeß vor dem Düsseldorf Oberlandesgericht erinnert an die Prozesse nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 in der Türkei. Rechtsprinzipien hatte bei den Prozessen in der Türkei keine Gültigkeit. In dieser Hinsicht ähnelt das Gericht in Düsseldorf den Militärgerichten in Diyarbakir oder Ankara. Diese Ähnlichkeit rührt nicht nur aus der Anklagetechnik, sondern gilt auch in Bezug auf die Ziele und Ergebnisse der Prozesse:

Der Prozeß in Düsseldorf ist ein konkreter und aktueller Ausdruck der Politik des deutschen Staates und imperialistischer Kräfte, den Kurdischen Nationalen Kampf auf internationaler Ebene zu bestrafen. Diese Situation ist ein handfester Beweis für die offene und freiwillige Unterstützung der Unterdrückungsmaßnahmen und Repressalien der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk durch die offiziellen bundesdeutschen Behörden.

Wenn auch die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen die PKK einige Handlungen der PKK zum Gegenstand hat, von denen jeder weiß und die von jedem verurteilt werden, können jedoch diese Handlungen nicht als Beweismittel für die Verurteilung des Kurdischen Nationalen Kampfes benutzt werden. Die Bundesanwaltschaft hat etwa nicht die Aufklärung der Morde, in die PKK-Angehörige verwickelt sein sollen, zum Ziel, sondern die Isolierung und Kriminalisierung der Solidaritätsaktivitäten mit dem Kurdischen Nationalen Kampf, die in der Bundesrepublik und Europa mit jedem Tag stärker werden.

Wir, die wir uns zu jeder Zeit und an jedem Ort gegen die feindliche Haltung der PKK gegenüber ihren eigenen Angehörigen und den Sympathisanten anderer linken Gruppen sowie ihre Logik, in die Linke Gewalt hineinzutragen, gestellt haben, sind wir uns dessen bewußt, daß die Verfahren in Düsseldorf primär auf die Abschwächung der internationalen Unterstützung des Kurdischen Nationalen Kampfes zielt. Diejenigen, die sich am aktivsten gegen die offensichtliche Politik der bundesdeutschen Behörden, die kurdische Frage als eine Frage des Terrors in der Öffentlichkeit darzustellen und sich als angebliche Kämpfer gegen den Terrorismus auszugeben, wenden müssen, sind deutsche Antifaschisten, Fortschrittliche und Demokraten. Wir rufen die Parteien, die Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, FriedenskämpferInnen, verschiedene Volksinitiativen, Frauenorganisationen auf, vor der Kampagne des deutschen Staates gegen den Kurdischen Nationalen Kampf nicht die Augen zu verschließen.

Devrimci Isci
4.11.1989

unter dem Vorwurf, der PKK zu helfen, verhaftet und vorhandene Lebensmittel beschlagnahmt werden. Gleichzeitig dient diese jegliche Grundrechte beschneidende Maßnahme dazu, das Volk dem Hunger auszusetzen.

f)Die gewalttätige, kemalistische Assimilationspolitik und das offizielle Verbot der kurdischen Sprache Die andere Seite der Vernichtungspläne gegenüber dem kurdischen Volk ist die Vermehrung der Assimilationszentren. In den Schulen in Kurdistan wird nur türkisch gelehrt, offizielle Amtssprache in der ganzen Türkei ist türkisch.

Am härtesten wirkt sich diese Maßnahme in den Gefängnissen aus, wo es den Gefangenen während der Besuchszeiten verboten ist, mit ihren Verwandten etwas anderes als türkisch zu sprechen - eine Sprache, die nur wenigsten der DorfbewohnerInnen sprechen.

g) Reuegesetz und psychologische Kriegsführung Das Reuegesetz in seiner neuen Form wurde am 5. Juni 1987 offiziell erlassen. In seinen Aufforderungen will es die Gefangenen zur Kapitulation zwingen:

- "Mitglieder einer illegalen Organisation, die politische und ideologische Ziele verfolgt, bleiben unbestraft, wenn sie ständige Informationen aus der Gruppe weitergeben, sich den "Sicherheitskräften" unterstellen, aber gleichzeitig noch in der Organisation aktiv sind, Orte von Waffen und Kriegsgeräte zeigen, eine Straftat, die ausgeführt werden soll, im Voraus den Beamten mitteilen und selber versuchen diese Straftat zu verhindern."

- "Jemanden, der Reue zeigt, die Organisation denunziert, Informationen weitergibt, Straftaten und Personen benennt, wird, je nach dem, Sicherheitsvorsorgemaßnahmen bis zur Änderung seiner Identität und damit Schutz durch den Staat erhalten."

Die psychologische Kriegsführung ist ein Teil des Spezialkrieges der Türkei.

Dazu gehören auch die Falschmeldungen und Denunzierungen gegenüber dem Befreiungskampf mit Hilfe der Medien, die fast vollständig kontrolliert und zensiert sind.

Sogar die Religion wird zur Legitimierung der Grausamkeiten benutzt, durch Aussagen wie: "Im Islam gibt es sowas wie Kurden nicht, Kurden sind Türken."

Über den Bergen und Kampfgebieten der Guerilla werden durch Flugzeuge Aufrufe und Plakate, die vom Armeekommandanten unterzeichnet sind und die Kämpfer zur Kapitulation aufrufen, abgeworfen: "Komm und ergib dich. Wir werden dir nichts antun. Sollst du dich jedoch nicht ergeben, werden wir deiner Familie Schaden zufügen." Selbst in den Moscheen wird über die Predigten Staatspropaganda betrieben. Die Feindschaft gegenüber dem kurdischen Volk soll durch rassistische Argumentation geschürt werden.

h) Der Einsatz von chemischen Waffen

Die Behauptung, das türkische Regime würde gegen den Befreiungskampf in Kurdistan Giftgas einsetzen hat sich bestätigt. Durch Fotos sowie Aussagen von DorfbewohnerInnen wurde belegt, daß seit dem 1. April 1988 bei Angriffen chemische Waffen eingesetzt wurden. Journalisten wurde der Zutritt zu den betroffenen Gebieten untersagt, offiziell wurde der Einsatz geleugnet.

Quelle: "Bericht über die Lage in Kurdistan." Zur Vorlage an die 45. Vollversammlung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf./ Kurdistan Komitees Europa

Seit der Machtübernahme der islamischen Regierung in Iran sind ca. 4 Mio. IranerInnen aus dem Land geflüchtet.

Etwa 1 Mio. lebt in den USA, viele in Kanada, etwa 100.000 in Spanien und ein großer Teil in der Türkei.

Die vergessenen: Opfer der "Islamischen Republik"

Iranische Flüchtlinge und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Die türkische Regierung duldet die iranischen Flüchtlinge nicht. Einerseits führt sie sich für sie humanitär nicht zuständig, weil sie die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nur für osteuropäische Flüchtlinge unterzeichnet hat. Andererseits will sie auf keinen Fall ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Iran gefährden. Ihre Haltung zur Genfer Flüchtlingskonvention begünstigt also das Interesse der islamischen Regierung Irans, die iranische Flüchtlinge in der Türkei zu ignorieren.

Die Menschen, die sich nicht den Repressionsmaßnahmen des islamischen, totalitären Regimes in Iran unterwerfen wollten und ihr Land, ihre Familien verlassen mußten, wird von Seiten konservativer Zeitungen in der Türkei die Schuld für die Zunahme der Kriminalität in die Schuhe geschoben. Objektive Berichterstattung ist aufgrund der Medienzensur unmöglich. Für die Presse z.B. ist es ein Lofertespiel, ob und wann Iran-kritische Artikel unter die Zensur fallen und die jeweilige Ausgabe der Zeitung oder Zeitschrift beschlagnahmt wird. Ein Journalist, der 1987 einen solchen Artikel für die Juniarausgabe der Zeitschrift AKIS verfaßt hatte, wurde noch im gleichen Jahr zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt, während die entsprechende Nummer der Zeitschrift aus dem Verkehr gezogen worden war. Dennoch werden kritische Stimmen laut, wie etwa in der Zeitschrift NOKTA.

Eine Weiterflucht bzw. der Zugang zu den europäischen Ländern ist den iranischen Flüchtlingen kaum möglich. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man/frau nur die entsprechend massive Politik der europäischen Staaten seit 1985 (Schengen-Abkommen) in bezug auf ein "Europa 1992" betrachtet. Bereits 1987 haben sich die Vertreter einiger westlicher Staaten in Italien getroffen und sich über die "Flüchtlingsproblematik" u.a. parallel zu Themen wie Bekämpfung von Kriminalität, Terrorismus und Drogenhandel verständigt. Im Hinblick auf das Jahr 1992 sollen die gemeinsamen europäischen Grenzen noch dichter abgeschlossen werden. Einzelmaßnahmen der Mitgliedsstaaten der EG sind längst ergriffen worden, beispielsweise im Fall des Abkommens zwischen der BRD und der DDR 1986, das den Weg nach Westberlin für außereuropäische Flüchtlinge verschloß.

So bleibt den IranerInnen in der Türkei nichts anderes übrig als auf die Großzügigkeit der Aufnahme-delegationen westlicher Länder, die sich gelegentlich beim UNHCR zur Aufnahme einiger Flüchtlinge bereit erklären, zu hoffen und zu träumen. Von ausländischen Botschaften und Konsulaten wird ihnen kein Visum erteilt. Die Fluggesellschaften weigern sich angesichts der Strafandrohung der europäischen Regierungen, sie ohne gültige Reisedokumente mitzunehmen. Die IranerInnen, die sich legal oder

illegal in der Türkei aufhalten, sind den erheblichen repressionsmaßnahmen der türkischen Polizei ausgeliefert. Im Falle einer Verhaftung (und die sind an der Tagesordnung) muß sich der/die Betroffene entweder mit einem Bestechungsgeld freikaufen oder sich wenigstens auf ein langes Verhör gefaßt machen. Für die türkische Polizei gelten sie von vornherein als Kriminelle, wie Kurden, Armenier und andere Minderheiten betrachtet und gefoltert, bis sie über ihre Aktivitäten und Kontakte mit türkischen Oppositionsgruppen aussagen. Dann werden sie in Anschlebehaf verlegt und schließlich abgeschoben. Amnesty International berichtete von mindestens 400 solcher Abschiebungen im Zeitraum von etwa drei Jahren.

Über die gegenseitigen Auslieferungen sind sich die beiden Regierungen von Iran und der Türkei einig. Die Türkei richtet ihr Interesse auf die Auslieferung von PKK-Militanten, die in der Ost- und Südost-Türkei, also in Kurdistan operieren und in Iran ihre Verstecke haben. Iran möchte, daß die in die Türkei geflohenen Oppositionellen an Iran ausgeliefert werden. Der Auslieferung von sog. "Straftätern" haben Vertreter beider Regime bei einem Gipfeltreffen Anfang 1989 besondere Wert beigemessen, wie in der Cumhuriyet im Januar diesen Jahres zu lesen war. Dort heißt es: "Bei dem türkisch-iranischen Gipfel wurden auch die Auslieferungen von (sog.) Straftätern und die juristische Hilfeleistung angesprochen sowie Kompromißlösungen zum Austausch der Straftäter. Jedoch konnte man zum Thema Auslieferung keine Vereinbarung aufgrund der unterschiedlichen Vollstreckungssysteme der beiden Regime erzielen. Die in dem Wiener Abkommen von 1963 geltenden Beschlüsse sehen vor, die jeweiligen Konsulate unverzüglich zu benachrichtigen, wenn Personen unter Aufsicht gestellt oder verhaftet wurden, oder einen Autounfall verursacht haben. Die beiden Staaten wiederum werden die Listen der Verhafteten und Verurteilten alle zwei Monate über das Außenministerium an die jeweiligen Botschaften weiterleiten." Ein weiterer Fluchtversuch der iranischen Flüchtlinge aus der Türkei scheitert meistens an fehlendem Geld, das an die Fluchthelfer zu zahlen wäre. Sie sind ständig von Hunger, Obdachlosigkeit, kurz, dem nackten Elend bedroht, besonders dann, wenn das mitgebrachte Geld bis zur letzten Lira von türkischen Beamten als Bestechungsgeld kassiert worden ist. Besonders kritisch ist die Lage für alleinziehende Frauen mit aber auch ohne Kinder. Die Flüchtlinge erhalten keinerlei finanzielle Unterstützung oder soziale Hilfe vom türkischen Staat. Die einzige offizielle Stelle, an die sie sich wenden können, ist das Büro des UNHCRs. Um im Büro des UNHCRs unter sein Mandat gestellt zu werden, ist Vor-

aussetzung, sich zunächst bei den türkischen Behörden registrieren zu lassen. In Zuge dieses Verfahrens werden die Flüchtlinge von der türkischen Polizei in die Grenzgebiete bzw. zu den dort zuständigen Gendarmerie- und Polizeistellen geschickt, wo sie zuvor die grüne Grenze passiert haben. Wenn sie nicht von dort gleich abgeschoben werden, was häufig der Fall ist, können sie nach sechs Monaten Aufenthalt in den Grenzgebieten eine Bescheinigung abholen, mit der ihre Akte beim UNCHR ergänzt wird und die die Bearbeitung des Antrags auf UNO-Mandatschaft erst im Gang setzt. Da die Abschiebungen bzw. Auslieferungen in den Grenzgebieten spurlos in bezug auf Angehörige, Bekannte, Freunde und die Öffentlichkeit erfolgen, wollen die meisten iranischen Flüchtlinge in der Türkei nicht ihr eigenes Abschiebungsverfahren einleiten; daher verzichtet ein großer Teil von ihnen unter diesen Bedingungen auf die Mandatschaft des UNCHR.

Anfang 1989 begannen die türkische Regierung und der UNCHR gemeinsam mit der Dezentralisierung der Flüchtlinge. Die gesamte Kontrolle über alle Flüchtlinge in der Hand zu haben, war für die türkischen Behörden allein unmöglich. Vor allem in den Großstädten gelingt dies trotz aller Maßnahmen nicht. Die Städte Ankara und Istanbul waren bis Anfang des Jahres die Hauptaufenthaltsorte der IranerInnen. Allerdings dürften Polizisten, die von den Flüchtlingen z.B. schon bei der ersten Verhaftung bestochen worden waren, sie nicht ein zweites Mal in der gleichen Stadt erwischen, so daß die Flüchtlinge häufig ihren Wohnort wechseln müssen. Schließlich wurden die registrierten Flüchtlinge in Gruppen von höchstens 60-70 Personen in 23 kleinere Städte, größtenteils in der Umgebung von Ankara verteilt. Sie müssen sich dort jede Woche oder je nach Vereinbarung bei der Ortspolizei melden. Zu bestimmten Anlässen werden sie von Vertretern des UNCHRs dort besucht.

Die medizinische Versorgung der iranischen Flüchtlinge durch die türkische Regierung oder den UNCHR kann man allenfalls noch mit den Worten "unterlassene Hilfeleistung" zusammenfassen. Während von staatlicher Seite gleich gar keine Hilfe zu erwarten ist, zeichnet sie die vor allem finanzielle Unterstützung des UNCHRs dadurch aus, daß von den Flüchtlingen erwartet wird, die Kosten für eine medizinische Behandlung und Medikamente, für einen Krankentransport oder Klinikaufenthalt zunächst selbst zu zahlen; sie sollen -so die Flüchtlinge registriert sind- später erstattet werden. Unglaublich, angesichts der verschwindend geringen finanziellen Möglichkeiten der meisten IranerInnen in der Türkei. Eine vierköpfige Familie bspw. erhält ca. 150.000 TL (etwa DM 150,-) im Monat. So gehen die iranischen Flüchtlinge nur

im äußersten Notfall, d.h. bei akuter Lebensgefahr zum Arzt. Vor allem für Säuglinge und Kinder kann das tödlich sein. Mindestens zwei Todesfälle iranischer Kinder in diesem Jahr sind bekannt; die Eltern konnten das erforderliche Geld zur Behandlung nicht aufbringen und wurden beim UNCHR abgewiesen.

Nach Informationen des türkischen Kulturministerium wurden 1988 bis zum Monat August offiziell ca. 130.000 iranische Staatsangehörige als Touristen erfaßt. Hinzu kommen etwa 4000-5000 Personen, die beim UNCHR als Flüchtlinge registriert sind. Diese zahlen erfassen jedoch nur einen Bruchteil der IranerInnen, die Iran vor dem Terror verlassen haben. Zwar ist ihre Zahl, die noch zu Zeiten des iranisch-irakischen Krieges in der Türkei bei 1 Million lag, insgesamt nach dessen Beendigung gesunken; doch längst nicht alle Flüchtlinge wie etwa Kriegsdienstverweigerer, sog. Deserteure, zahllosen politische Aktiven und Verfolgten, viele Frauen können nicht zurück. Da sich in Iran entgegen aller Beteuerungen und

Versuchsbloßlegen der Weltöffentlichkeit an der politischen Situation nichts grundsätzliches ändern wird, werden die Fluchtgründe der IranerInnen weiterhin bestehen. Das wiederum läßt auf eine konstant bleibende Zahl von Flüchtlingen in der Türkei schließen, die immer noch unter unerträglichen sozialen Bedingungen im Land mit ständiger Angst vor Verhaftung leben müssen. Der bevorstehende europäische Binnenmarkt, der außereuropäische Flüchtlinge ausgrenzen soll, zeichnet für sie ein düsteres Zukunftsbild. Sollte es nicht, dennoch möglich sein, einem Staat wie dem türkischen, der schließlich EG-Mitglied werden will, Konzessionen bezüglich der Menschenrechte für alle(!) Menschen in der Türkei abzuverlangen? Sollte es nicht möglich sein, die Lage der iranischen Flüchtlinge in der Türkei endlich publik zu machen und ihnen wenigstens humanitäre Hilfe zukommen zu lassen? Oder hat die europäische Öffentlichkeit die Flüchtlinge zusammen mit der Dauerfehde zwischen Iran und den europäischen Staaten begraben?

Ali Fathi

Leserbrief!

Zum einen wird behauptet in Rheinland-Pfalz würden yezidische Kurden nach einem negativen Ausgang ihres Asylverfahrens ein Bleiberecht erhalten. Dies ist mitnichten der Fall:

Ein Abschiebestopp für abgelehnte, yezidisch-kurdische Asylbewerber existiert in RLP formal und offiziell nicht! Allerdings werden momentan auch keine abgeschoben, ganz so, als würde ein rechtmäßiger Erlaß des Innenministers Geil existieren. Da jedoch nach "Lage" entschieden wird, kann sich das innenpolitische Klima gegenüber dem Betroffenenkreis von heute auf morgen und wie so oft, ändern. Dies erleben wir momentan bei den tamilischen Flüchtlingen.

In dem Artikel wird also fälschlicherweise der Eindruck erweckt, in Rheinland-Pfalz wäre ein Schutz vor Abschiebung gewährleistet; da wären wohl Berlin oder Bremen momentan eine günstigere "Binnenfluchtadresse".

Im Übrigen ist der Begriff "Bleiberecht" wohl falsch gewählt; er impliziert einen Rechtsanspruch und den gibt es leider noch nicht. Der Abschiebestopp ist noch immer in das Ermessen der Landesregierungen gestellt -ohne Anspruch- und so war beim Verfasser wohl der Wunsch der Vater des Gedankes.

Die umfassende Gewährleistung eines Bleiberechtes mit Beweislastumkehr und Rechtsanspruch

ist noch immer eine unerfüllte Forderung aller Menschenrechtsgruppen und daran sollten sich auch alle Parteien messen lassen - und nicht nur für yezidischen Kurden.

Erstaunlich ist das Befremden des Verfassers des Artikels, daß die türkische Luftfahrtgesellschaft THY trotz des Bußgeldes (von 2.000,-DM/abgelehnter Asylbewerber) Flüchtlinge ohne Visum befördert. Ich meine, wir sollten um jede Fluggesellschaft froh sein, wenn sie trotz dieses menschenrechts- und verfassungswidrigen Gesetzespassus Flüchtlinge befördert. Und dann ist ein Umschlag der Bußgelder auf die Flugtickets wirklich nicht mehr meine Sache!

Ich frage mich: Wo kämen wir hin, wenn wir alle rechtmäßigen Gesetzestexte auch als legitim betrachten würden und uns über deren Überschreitung beklagen? Oder sind billige Flugtickets doch eine Alternative zu der Unmöglichkeit, in der Bundesrepublik reisen und einen Asylantrag stellen zu können? Festung Europa läßt grüßen!

In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß eine namentliche Zuordnung der Artikel die Anonymität von "IT" erträglich gestalten würde. Ansonsten: Weiter so!!!

Mit lieben Grüßen,
Hermann KEBLER
Sprecher der BAG
Immigrantinnen und Flüchtling

FRAUEN IN DER TÜRKEI UND T. KURDISTAN



Wut und Widerstand erzeugte die Ermordung der Menschenrechtskämpferin Didar Sensoy...

Das türkische Zivilgesetz, das Anfang der zwanziger Jahre in der Türkei eingeführt worden war, hat den Frauen zwar einige Rechte eingeräumt, doch sind diese nicht in die Praxis umgesetzt worden. Die größte Rolle dabei spielte die seit Jahrhunderten bestehende patriarchale Familienordnung und die äußerst rigide Erziehung der Frauen, die ihnen jegliches Interesse an außerhäuslichen Dingen verbot. Die Entscheidungsgewalt über das soziale Leben und auf politischem Feld wurde den Männern zugesprochen. Diese Gebiete waren den Frauen immer verschlossen gewesen. Zum Beispiel ist nach der Republikgründung die Grundschulpflicht für Mädchen und Jungen eingeführt worden, doch in die Praxis umgesetzt wurde sie kaum. Noch heute gibt es in Anatolien Familien, die es als eine Sünde ansehen, ihre Töchter in die Schule zu schicken, oder sie auf Druck hin gehen lassen und nach ein Paar Jahren ihre Erlaubnis wieder zurückziehen.

1935/36 gingen doppelt so viele Jungen zur Schule wie Mädchen. Einen Schulabschluss machten dreimal mehr Jungen als Mädchen:
Gesamtzahl der Schülerinnen, Jungen: 454186, Mädchen: 233974.

Zahl der Abschlussmädchen, Jungen: 26251, Mädchen: 11249

Im Schuljahr 1979/80 lag die Zahl der Mädchen in den Grundschulen bei 2 540 356, in den Mittelschulen bei 393 412, und in den Gymnasien bei 189 784. Im gleichen Zeitraum waren an allen Hochschulabschlusseinrichtungen gerade einmal ein Drittel aller Studentinnen Frauen, nämlich ganze 41 887. Von den gesamten Studentinnen stammen nur 5% aus Arbeiterfamilien und davon sind 85% Männer.

Der größte Teil der Grundschullehrerinnen kommt aus Arbeiter- und Bauernfamilien und aus dem Mittelstand.

Wie zu sehen ist, kann von den Millionen Schülerinnen nur eine verschwindend kleine Zahl einen Beruf ausüben.

Parallel zur Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei nach 1950 ist auch die Zahl der Frauen im Arbeitsleben angestiegen. Aber genau wie in anderen Teilen der Welt nur in den Bereichen, wo billige Arbeitskräfte gebraucht wurden. In der Textilverarbeitungsbranche stellen den größten Teil der Arbeitskräfte Frauen dar. In der Landwirtschaft arbeiten 64% der Frauen in den Familienbetrieben ohne Lohn. 2/3 der Frauen im arbeitsfähigen Alter würden selbst wenn sie wollten keine Arbeit finden. Arbeitgeber beschäftigen äußerst ungern verheiratete Frauen, schwangere Frauen werden sofort entlassen.

Die Regierungen stellen Pläne auf, wie sie die Frauen ans Haus binden können. Es wird beabsichtigt, bis 1990 den Anteil der Frauen an der Arbeitskraft unter 35% zu drücken. Im letzten Planabschnitt sind von 1,5 Millionen neu zu schaffenden Ar

beitsplätzen 1000 für Frauen gedacht. Obwohl gesagt wird, daß das wichtigste für Frauen ist, ihre Ehre zu bewahren, zeigt die Wirklichkeit das Gegenteil. Während im Jahr 1974 die Zahl der gemeldeten Prostituierten bei 2.000 lag, ist diese bis 1982 auf 238.000 hochgestiegen. 85% von ihnen kommen aus der Unterschicht.

Jeden Tag steigt die Anzahl der Menschen, die aus den ländlichen Gegenden in die Städte wandern, mit der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. Da es für diese Frauen ausichtslos ist, in der Stadt Arbeit zu finden, verdienen sie sich ihren Lebensunterhalt entweder als Dienstmädchen oder, indem sie ihren Körper verkaufen. Auch im privaten Leben sieht die Situation der Frauen nicht viel besser aus, wenn man bedenkt, daß jedes Jahr über 100.000 Paare nur religiös heiraten, obwohl die standesamtliche Trauung vorgeschrieben ist.

Bei einem Blick auf diese Tatsachen können wir ohne Schwierigkeiten erkennen, warum die quantitative und qualitative Beteiligung der Frauen an der Politik ziemlich gering ist.

Der Anteil der Frauen in den bestehenden Parteien, oder an Abgeordneten verzeichnet seit der Gründung der Republik eine stete Abnahme. Für die Parteien stellen die Frauen ein Stimmendepot dar. Auch wenn erst im nach der Junta erlassenen Parteiengesetz die Gründung von Frauenunterorganisationen der Parteien verboten wurde, sind die Frauenaktivitäten in den Parteien vor 1980 nicht über die Organisation von Volksfesten hinausgegangen. Die Frauen haben zwar angefangen zu arbeiten, doch durch ihre geringe Beteiligung am sozialen und politischen Leben, haben sie sich nur begrenzt in den Gewerkschaften organisiert.

Mit dem Aufleben der revolutionären Opposition in den 70er Jahren, nahm die Zahl der darin aktiv mitarbeitenden Frauen zu. Es waren hauptsächlich Schülerinnen und Studentinnen. An allen Plätzen des Widerstands gegen die faschistische Besetzung waren sie zu finden: in den Schulen, Fabriken, Stadtteilen. Parallel dazu konnte man auf dem Land Massen von Frauen beim Widerstand und auf Versammlun

gen gegen den Faschismus und die teuren Lebenshaltungskosten sehen.

1975 gründeten sich zwei Frauenvereine, der IKD (Fortschrittlicher Frauenverein) und die DKDF (Revolutionäre Frauenföderation).

Der IKD arbeitete mit der TKP, der türkischen kommunistischen Partei, zusammen. Sie setzten sich ein für "Gleichen Lohn für gleiche Arbeit" und "An jeder Arbeitsstelle ein Kinderkrippeheim". Der IKD war vor allem in den Großstädten aktiv, wo er sich hauptsächlich in den Gewerkschaften und unter den Angestelltenbetätigte. Auch wenn der IKD viele Mitglieder hatte, war er nicht sehr erfolgreich. So stellt z.B. die Zahl der vorhandenen Kindergärten in starkem Mißverhältnis zu der Zahl der unterzubringenden Kinder.

Als die ehemalige Vorsitzende Beria Onger im Januar '89 in die Türkei zurückfliegen wollte (sie floh nach dem Militärputsch ins Ausland), wurde sie auf Flughäfen zurückgewiesen.

Die DKDF war in den 5 Städten Ankara, Istanbul, Izmir, Adana und Gaziantep verbreitet. Sie arbeitete dort in den armen Stadtvierteln, den sogenannten "Gecekondus". Sie organisierten Alphabetisierungskurse für Frauen, Nähkurse u.ä. Schwangere Frauen wurde Geburtshilfe angeboten und insgesamt wurde eine bessere medizinische Versorgung der Frauen erreicht. In den einzelnen Städten brachte die DKDF zu allgemeinen politischen Themen Zeitungen und Broschüren heraus.

Weder der IKD noch die DKDF vertraten feministische Ziele in ihrem Kampf. Auch wenn die Frauen durch ihre Arbeit Selbstvertrauen gewonnen hatten, war für sie eine unabhängige Frauenbewegung kein Thema. Sie waren alle in gemischten oppositionellen Gruppen aktiv.

Die Revolutionärinnen vertraten in der Theorie die Gleichheit von Frauen und Männern. Sie bemühten sich, diese in die Praxis umzusetzen, was nicht so direkt möglich war. Diese Menschen, die sich in erster Linie als Revolutionäre verstanden, hätten mit Veränderung zuerst bei sich anfangen müssen. Wenn wir das Ausmaß des gesellschaftlichen Kampfes, die Kürze der Zeit bis zum Militärputsch und die kulturellen und klassenmäßigen Besonderheiten der Frauen und Män

ner, die aktiv an den Kämpfen teilgenommen haben, kann man sagen, daß nicht allzuviel erreicht worden ist. Das Problem liegt in erster Linie in der Erfahrung und der kurzen Zeitspanne. Aber die Revolutionärinnen wollten einen neuen Menschen und eine neue Gesellschaft schaffen. Die Junta hat mit ihren Angriffen auf alles was dem Guten und Schönen zugetan ist unglaublich viele Werte vernichtet. Aber der Prozeß, der heute stattfindet, zeigt, daß sie nicht alles hat vernichten können.

Die bei, von der Junta organisierten Razzien festgenommenen jungen Mädchen und Frauen, wurden von der bürgerlichen Presse herabgewürdigt mit erniedrigenden Schlagzeilen wie "Weibliche Aktivistinnen" (wobei das in der Presse verwendete Wort für weibliche sonst nur in der Pflanzen- und Tierwelt vorkommt, Anm. d. Übersetzerin), "Wilde Aktivistin", "Revolutionär getraute Frau oder Geliebte des Chefs der Bewegung". Es wurde auf kein Mittel verzichtet, die Frauen und Revolutionärinnen vor den Augen der Öffentlichkeit herunterzumachen. In den Anklageschriften wurde geschrieben, daß es die Funktion der Frauen in den revolutionären Bewegungen war, das Sexbedürfnis der Männer zu befriedigen.

Auf den Polizeiwachen, unter der Folter mußten und müssen die Frauen Preis des Mensch- und Frausenstein bezahlen. Auf ausnahmslos allen Polizeiwachen müssen Frauen und Mädchen schwerste Angriffe auf ihre Sexualität über sich ergehen lassen. Wenn auch nicht alle vergewaltigt worden sind, so wurde zumindest allen damit gedroht. Einige Folter- und Erniedrigungstaktiken sind z. B. Elektroschocks an den Geschlechtsteilen, das gewaltsame Einführen von Stöcken oder Flaschen in die Vagina, das Spillernacktausziehen, das Stecken in einen Sack, zusammen mit Tieren wie z.B. Katzen. Um die Männer zum Sprechen zu bekommen wurden ihre Mütter oder Ehefrauen vergewaltigt oder ihnen damit gedroht.

Auf den Polizeistationen und in den Gefängnissen haben hunderte von schwangere Frauen ihre Kinder verloren. Ein Teil mußte seine Kinder unter schwersten Bedingungen in den Gefängnissen und Internierungslagern des 12. September zur Welt bringen. Die "Özlem"s (Sohnsucht) und "Ali"s wurden die Leben-

shaffung der Menschen, die in den Gefängnissen der Folter trotzten.

Aysel Zehir war 1984 mit ihren 18 Jahren die einzige Frau, die zusammen mit vier Männern in dem Gefängnis Metris den Hungerstreik als Todesfasten weiterführte. nach dem 66. Tag zeigten die Ärzte ein auffälliges Interesse daran, ihr Leben zu erhalten, wie sie es für die Männer nicht im geringsten zeigten. Es wäre der Junta schwer gefallen, einer Bevölkerung, deren Frauenbild immer noch von feudalen Werfvorstellungen geprägt ist, den Widerstand einer jungen Frau gegen die Bedingungen im Gefängnis zu erklären, der mit dem Tod endet. Das wäre schlichtweg unakzeptabel gewesen. Aysel wurde nicht umgebracht, aber durch den Hungerstreik hat sie ihr Bewußtsein verloren. Diejenigen, die so darum bemüht waren, sie nicht sterben zu lassen, rühren heute keinen Finger dafür, daß sie wieder gesund wird. Damit sie im Ausland behandelt werden kann, geben die Behörden weder Erlaubnis noch einen Reisepaß.

Während die Menschen in den Gefängnissen dies alles durchmachen mußten, erlebten die Mütter und Partnerinnen draußen vor den Gefängnistoren die Folter. Sie dauert auch heute noch an. Den gesellschaftlichen Widerständen und der Armut zum Trotz nahmen sie alle erdenklichen Mühen auf sich, alleine auf eigenen Füßen zu stehen und ihre Kinder großzuziehen.

Viele verloren ihr Leben, das nicht einfacher war, als das Leben hinter Gittern, wie z.B. Didar Sensoy, die vor den Toren des Türkischen Parlaments von Polizisten zusammengeschlagen worden war und sich von den erlittenen Verletzungen nicht mehr erholte. Sie werden die Mütter des 12. September genannt. Sie gingen sogar soweit, zur Befreiung ihrer Töchter und Söhne und der Gleichgültigkeit zum Trotz, sich auf offener Straße, von den Augen der Weltöffentlichkeit selbst zu verbrennen. Diese Menschen, die anfangs nur für die Befreiung ihrer eigenen Kinder gekämpft hatten, haben ihr Bewußtsein erweitert und bilden heute das dynamische Kettenglied in den gesellschaftlichen Kämpfen.

Kurdische Frauen, die kein türkisch können, mußten ihre Verwandten nach einem Besuch verlassen, ohne ein Wort mit ihnen gesprochen zu haben, höchstens mit den Augen, da es verboten ist kurdisch zu sprechen. Jeden Tag greifen mehr Frauen zur Waffe, und beteiligen sich an dem Befreiungskampf ihres eigenen Volkes.

Quellen:

- Türkiye'de Kadın (Die Frau in der Türkei), Aytunc Altındağ.
- Eylül İmparatorluğu (Das Septemberreich), Erbil Tusalp.
- Billim Sanat (Wissenschaft, Kunst) 6/1987, Tarım Emekçisi Kadınlarimiz (Unsere Feldarbeiterinnen).
- Zeitungen und Zeitschriften
- Verfasserin des Artikels die selbst vieles daraus miterlebt und auch im Gefängnis gegessen hat.

Briefe aus den Gefängnissen!

Um die Situation während und nach dem Hungerstreik zu beschreiben, drucken wir Auszüge aus zwei Briefen von politischen Gefangenen aus Malatya und Gaziantep ab, sowie die Presseerklärung der Gefangenen aus Aydin. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, nicht nur über die Repressionen in der Türkei und Kurdistan zu schreiben, sondern die Betroffenen selbst sprechen zu lassen. Keine Berichterstattung kann die Nähe des Erlebten ersetzen.

Bei den Briefen handelt es sich nicht um spektakuläre Widerstandsbezeugungen, sondern um Dokumente zweier von tausenden möglichen Zustandsbeschreibungen. Hinzugefügt werden muß, daß auch diese Art von Kommunikation mit Freunden draußen wie das Brot zum Überleben der Gefangenen gehört und sie eine Sprache, Ausdrucksweise und Symbolik in langjähriger Gefängnisserfahrung entwickelt haben, die jede Zensur unterwandert und von den Freunden draußen mit Hilfe deren Interpretation und Sensibilität verstanden wird.

Lieber Freund!

Malatya, 5.9.89

Ich würde mich freuen, wenn Du, falls es Dir möglich ist, Deine Eindrücke und Ansichten...schreibst. Du weißt, im Gefängnis ist es besonders schwierig, mit seinen Gedanken zu richtigen Ergebnissen zu kommen. Denn es ist fraglich, in welchem Maße man das, was sich draußen ereignet, objektiv erfährt. Ich habe vor längerer Zeit eine Geschichte oder Erinnerung gelesen. Es hieß dort, daß das Gefängnis die Menschen kurzsichtig macht. Weil die Augen stets auf die Nähe gerichtet bleiben (wegen der Mauern), gehen sie auf die Dauer kaputt, d.h. der Blick verliert seine Reichweite. Noch wichtiger als die physiologische Störung ist meiner Meinung nach die Gedanken-Kurzsichtigkeit im Gefängnis. Ich glaube, daß sich bei uns allen in unterschiedlichem Maß eine gewisse Kurzsichtigkeit eingestellt hat. Dies zu überwinden ist schwierig; wenn es auch unmöglich ist sie insgesamt zu überwinden, ist es doch möglich, sie auf ein unschädliches Maß zu beschränken. Nach der Erfahrung, die ich in meinem Leben gewinnen konnte, ist der Weg dahin, aus noch mehr und noch größeren Fenstern nach draußen zu sehen. Diese Fenster aber sind Kommunikationsmittel wie Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Briefe von Freunden. Natürlich, am wichtigsten sind die Briefe von Freunden. Denn der Mensch führt sich, sowohl wenn er die Briefe erhält, als auch wenn er sie beantwortet, seine Beurteilungen immer wieder von neuem vor Augen. Noch mehr, er fühlt sich selbst als Teil eines zusammengehörigen Ganzen.

Sicherlich kann der Mensch in einem im Gefängnis (oder in das Gefängnis) geschriebenen Brief wieder alles, was er fühlt oder weiß schreiben, noch die Gefühle und Gedanken in ihrem vollen Ausmaß. Sogar, wenn es kein gestisches Hindernis dafür gäbe, behindert den Menschen doch die Einmischung einer dritten Person (des Kontrollieurs) in die vertraute Bindung zwischen zwei Freunden. Das weißt Du ja. Aber trotz allem ist es richtig zu sagen, daß die Briefe meine besten Fenster sind. Aus diesem Grund wollen wir uns schreiben...

Ich möchte Dir ein wenig von mir und von hier erzählen. Hier wurden die, die weniger als 3 Jahre Strafe bekommen haben in 22 vom Justizministerium festgelegte Gefängnisse verlegt.

Ich wurde mit 15 Freunden am 5. Juli nach Kahramanmaraş geschickt. Kaum hatten wir einen Schritt in die Tür gesetzt, kam man mit Einheitskleidern und dergleichen Dingen an. Eigentlich war es das Ziel der Verlegung mit der Durchführung der 1. August-Verordnung bei denen zu beginnen, die eine geringere Strafe haben. Wir haben mit 7

Personen keine einzige der Sanktionen akzeptiert und am 24. Juli den Hungerstreik begonnen. Am 30. Tag unseres Hungerstreiks haben sie uns wieder nach Malatya gebracht *)...Als wir am 22. August hierher

kamen, war unser Zustand überhaupt nicht gut. Jetzt habe ich mich langsam wieder gefaßt. Aber ich kann nicht sagen, daß ich schon wieder ganz in Ordnung bin. Ich kann noch nicht auf den Sportplatz,



Besuchstag im Gefängnis von Adana..

PRESSEERKLÄRUNG

Wie in der Öffentlichkeit bekannt ist, ist der Hungerstreik der im Gefängnis Eskisehir angefangen und im E-Typ-Gefängnis Aydin weitergeführt wurde, nach Akzeptierung unserer Rechte abgebrochen worden. Nur trotz der getroffenen Abmachungen und gegebenen Versprechungen haben sich die Bedingungen im Gefängnis Aydin verändert.

Im Gegensatz zu den lautstarken öffentlichen Bekundungen des Justizministeriums und der Regierung, daß sie in den Gefängnissen Verbesserungen vorgenommen hätten, können wir nicht von Verbesserungen sprechen, wo uns nicht einmal die Rechte eingeräumt werden, die wir zu Preisen von Folter und Tod gewonnen haben.

Die gemachten Versprechungen werden heute im E-Typ-Gefängnis Aydin nicht eingehalten. Die Folge davon ist, daß dort ein Leben, beraubt um die grundlegendsten Rechte, gefristet wird. So, wie es keinerlei Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für den Tod zweier unserer Freunde gab, die durch die Deportation und die anschließenden Folterungen umgebracht wurden, gehen im Gefängnis Aydin die folternden Wächter weiter ihrer Arbeit nach. Dieser Zustand hält die Realität der Folter jede Minute lebendig.

Bis heute haben wir und unsere Familien die notwendigen Schritte unternommen, damit die gegebenen Versprechungen eingehalten werden und daß Ermittlungen gegen die für die ausgeführte Folter Verantwortlichen eingeleitet werden. Das Ergebnis ist, daß sich nichts verändert hat. Zuletzt wurde der Generalstaatsanwalt Nural UCURUM, der sofort nach dem Ende des Hungerstreiks nach Europa reiste, an die getroffenen Vereinbarungen und gemachten Versprechungen erinnert, doch erreicht wurde nichts. Die Lage, in der wir uns befinden, läßt uns nicht viel Spielraum. ein von den grundlegendsten Rechten abgeschnittenes, unterdrücktes Leben können wir auf keinen Fall akzeptieren. Wir werden uns nicht scheuen, die Rechte, die wir unter Einsatz unseres Lebens gewonnen haben, auch unter Einsatz unseres Lebens zu erhalten.

Die Ereignisse im E-Typ-Gefängnis Aydin sind nicht wie der Vorsitzende der SHP Erdal İnönü sagt ein Problem zwischen den Gefangenen, die den Hungerstreik durchführen, und dem Justizministerium? Eine solche Sichtweise würde die Ermordeten, Gefolterten und aller Rechte Beraubten zusammen mit den Mördern, Folterern und Unterdrückern in eine Waagschale werfen.

So eine Herangehensweise würde bedeuten, die menschenrechtsverachtende Politik der Regierung zu unterstützen, die die Fortsetzung der Unterdrückungs-, Auslöschungs- und Vernichtungsmethoden des 12. Septembers betreibt. Die Ereignisse im Gefängnis Aydin sind nicht nur eine Sache der Revolutionäre, Demokraten und Fortschrittlichen. Sie sind Sache jedes Menschen, der humanitäre Gefühle und Werte besitzt.

Wir rufen unser ganzes Volk auf, allen voran die Menschenrechtskämpfer, Intellektuellen, Künstler, Juristen, Ärzte und Arbeiter, uns politische Gefangene zu unterstützen.

Das Justizministerium versucht während Hungerstreiks immer wieder, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem es von Arbeiten an Gesetzesveränderungen spricht. Während des letzten Hungerstreiks erklärte das Justizministerium, daß es an Verbesserungen zum 1. August-Dekret und den Gefängnisverordnungen arbeite. Aber die Tatsachen zeigen, daß dieses nie inkrafttretenden Gesetzesänderungen in Wirklichkeit keine Verbesserungen, sondern neue Unterdrückungsmechanismen in die Gefängnisse bringen. Die im Gefängnis Aydin stattfindende Folter und Unterdrückung, sowie das Nichteinhalten der Versprechungen, die beim Abbruch des Hungerstreiks gemacht wurden, können dies nur bestätigen.

Ali Kemal Bilginer

Im Namen der Gefangenen von Devrimci Yol im E - Typ - Gefängnis Aydin

um unser hartes Ballspiel zu spielen. Ich glaube, in diesen Tagen gehe ich raus. Denn seit Tagen nehme ich ständig Obstsirup, Milch und Honig zu mir.*2)

Kurz und gut, unser Zustand ist gut. Natürlich vorläufig, die gewonnenen Vorteile in den Gefängnissen sind immer noch nicht in die Satzung und die Statuten aufgenommen. Nur Punkt 13 der 1. August-Verordnung verändern sie gerade. Aber zum Beispiel bei Dingen wie Einheitskleidung für die Gefangenen, Verbot von Öfen in den Zellen u.dgl. führen das Justizministerium und die Regierung immer noch ihre reaktionäre Haltung fort. Es sieht so aus, als würde in den nächsten Tagen die Satzung und die Statuten ziemlich viel diskutiert werden. D.h., obwohl die 1. August-Verordnung, die von antiquierten Köpfen mit einer mittelalterlichen Einstellung vorbereitet wurde und uns mit Gewalt aufgezwängt werden sollte, obwohl diese Verordnung, die anti-

demokratisch und außergesetzlich ist und alle internationalen Abkommen mißachtet, de facto aufgehoben wurde, schwebt sie immer noch wie ein Damoklesschwert über unserem Haupt. So ist es, lieber Freund, die Probleme finden überhaupt kein Ende. Sie werden auch nicht enden.

Alles Gute
A.B.
Malatya Gefängnis

*1) Hier handelt es sich, wegen Zensur unausgesprochen, um Deportationen. Ab dem 10. Tag des Hungerstreiks können die stundenlang tagelangen Deportationen unter dazu noch überlasten, menschenunwürdigen Bedingungen (Sauerstoffmangel in den Transportautos, Überfüllung, kein Essen, keine Toilette, Hitze, Prügeleien) tödlich verlaufen, d.h. jede Deportation kommt einem Mordversuch gleich.

*2) In vielen Gefängnissen wird die Ausgabe von Milch und anderen zum Wiedererstarben der Gefangenen notwendigen Produkten verweigert, wie z.B. in Aydin.

★★★★★

Gaziantep-Gefängnis, 11.9.89
Lieber Freund!

Es ist schön, Dir wieder zu schreiben.

Heute habe ich Ball gespielt und bin sehr müde. Das ist mein zweites Spiel nach dem Hungerstreik. Vor kurzem war ich beim Arzt und wurde gewogen, ich bin auf 58 Kg gekommen, während des Hungerstreiks hatte ich 56 Kg. D.h., obwohl es schon 20 Tage her ist, habe ich kaum zugenommen. Außerdem sind wir sehr beunruhigt, weil es in der Stadt eine Epidemie gibt, da das Wasser in Antep mit Abwässern vermischt war. Wenn wir in diesem Zustand krank würden, wäre das sehr schlecht. Trotzdem kann man sagen, daß es uns allen gut geht. Wenn einige Freunde nicht magenkrank wären...Hier ist alles in Ordnung.*1) Wir werden in Ruhe gelassen. Außer einigen Unannehmlichkeiten, die von der Architektur des Gebäudes und einigen allgemeinen Vorgehensweisen herrühren gibt es kein Problem. Und aus diesen Unannehmlichkeiten ein Problem zu machen, ist kein realistisches Verhalten. Deshalb kann ich sagen, daß ich in einem problemlosen Gefängnis bin. Leider ist die Lage in Aydin katastrophal. Die Freunde dort fangen möglicherweise wieder einen Streik an. Wenn sie das tun, kann das Ergebnis sehr schrecklich werden. denn sie haben gerade erst eine tödlich verlaufende Widerstandsaktion beendet.*2) Man muß sich unbedingt um sie kümmern. Vor allem die zentrale SHP *3) hat mit der Regierung die Rolle eines Vermittlers unter Freunden übernommen und versucht das Wort der Regierung dann hört doch auf durchzusetzen. Sie hat dabei im Namen der Regierung eine Menge Versprechen gegeben, aber sie sind nicht gehalten worden. Jetzt erfüllt die SHP ihre verantwortliche Position nicht.

Ich umarme und küsse Dich
in Liebe
R.U.

*1) Die Repressionen sind zwar in allen Gefängnissen vorhanden, werden aber zu gleichen Zeitpunkten unterschiedlich stark ausgeübt. Das Maß dafür richtet sich auch nach dem Organisationsgrad der Gefangenen.

*2) Während der Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften? und sich gegen die Deportation wehrenden Gefangenen wurden zwei Kurden von der PKK getötet.

*3) Sozialdemokratische Volkspartei unter Erdal İnönü.

Die Pressefreiheit in der Türkei existiert nur auf dem Papier und auch nur mit Einschränkungen. Die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches hängen wie ein Damoklesschwert über den Medienschaffenden. Die Konzentration der Presse in den Händen von drei Großverlegern beziehungsweise von Monopolgruppen, die staatliche Organisation des Rundfunks und Fernsehens erstreckt weitgehend jede unabhängige, den Tatsachen verpflichtete Berichterstattung. Zensurbestimmungen und der Einfluß der amerikanischen Filmindustrie auf die Programme der Kinos in der Türkei haben die Arbeit engagierter Filmautoren fast zum Erliegen gebracht.

Der türkische Journalist und Filmautor, Mahmut Tali Öngören, zeichnete auf einer Rundreise (Anfang Oktober 89) durch den Norden der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin ein düsteres Bild vom Zustand der türkischen Medienwelt und den Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten und Autoren. Vier Artikel der türkischen Verfassung regeln die Freiheit der Presse, doch folgten der zunächst garantierten Pressefreiheit sofort Einschränkungen, die der staatlichen Willkür Tür und Tor öffneten. So in Artikel 28 der türkischen Verfassung, in dem es heißt, daß "Veröffentlichungen in einer durch Gesetz verbotene Sprache unzulässig" sind und daß "Nachrichten und Schriften, welche die innere und äußere Sicherheit des Staates, die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk bedrohen oder zur Begehung einer Straftat oder zu Aufstand und Aufruhr

ermuntern oder im Zusammenhang mit geheimen Informationen des Staates stehen", bestraft werden.

Die schon eingangs erwähnten Paragraphen des Strafgesetzbuches, die jede Autonomie- oder Umsturzbestrebungen mit hohen Haft- oder Todesstrafe bedrohen, schließen auch in der praktischen Rechtsprechung der türkischen Gerichte die Berichte über Haftbedingungen und Verfolgungsmaßnahmen ein. Nicht von ungefähr wurden diese Paragraphen aus dem italienischen Strafgesetzbuch des faschistischen Italien Mussolini direkt und unverändert übernommen. Angeklagt werden die Medienschaffenden in der Regel von den Staatssicherheitsgerichten, nachfolgeeinstellungen der Militärgerichte aus der Zeit nach der 1980. Diese Staatssicherheitsgerichte setzten sich aus einem Militär- und zwei Zivilrichtern, wobei der Militärrichter den Vorsitz inne hat.

Entsprechend hoch sind die Haftstrafen, die diese Gerichte gegen Journalisten und andere Medienschaffende auswerfen. Da das türkische Strafrecht nicht wie in der Bundesrepublik Deutschland

üblich - aus den einzelnen strafen eine Gesamtstrafe bildet, sondern alle Einzelstrafen addiert, wurden schon astronomisch hohe Haftstrafen gegen einzelne Journalisten verhängt. Unrühmliches beispiel: Der Herausgeber einer sozialistischen Zeitung wurde so insgesamt mehr als 1000 jahren Gefängnis verurteilt. Insgesamt wurden allein seit 1987 in 1426 Verfahren gegen Journalisten, Herausgeber und Verleger insgesamt 2127 jahren Haft verhängt.

Es ist jedoch nicht nur die sozialistische Presse, die von den türkischen Sicherheitsbehörden verfolgt wird. Auch die sogenannte "große türkische Presse", also die 18 Tageszeitungen mit einer Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren, wird immer wieder behindert. Da die Staatsanwaltschaft laut türkischer Gesetzgebung Zeitungen beschlagnahmen lassen kann ohne daß ein gerichtsbefehl vorliegt, laufen die Tageszeitungen Gefahr, daß ihnen noch bei der Auslieferung der Ausgabe die Zeitungen von den Transportflächen der LKW konfisziert werden. So geschah es im Juni 1988 der Tageszeitung 'Milliyet',

die ein Interview mit dem Führer der PKK gedruckt hatte. Gegen den Autor wurden 15 Jahre haft beantragt, doch dann wurde er freigesprochen. Doch der materielle Schaden war beträchtlich. Überhaupt zielt die staatliche Preispolitik auf dem Papiersektor darauf ab, kleine Verlage aber auch die großen Tageszeitungen an das wirtschaftliche Gängelband der Regierung zu legen. So erhöhte die Özal-Regierung in den vergangenen 25 Monaten die Papierpreise um 225 Prozent, was weit über der Inflationsrate der Türkei liegt. Ein anderes Mittel, die Zeitungen unter wirtschaftlichen Druck zu setzen, stellen die Anzeigen der staatlichen betriebe dar, die willkürlich von der Regierung an die Zeitungen vergeben werden.

Nach den Strafgesetzbestimmungen und dem ökonomischen Druck der Regierung über Papierpreispolitik und Anzeigenvergabe, schränkt die Monopolbildung in der türkischen Presse die Freiheit der Berichterstattung stark ein. Asil Nadir, der in London lebende Typrioter und in vielen Branchen aktive Multimillionär, kaufte in den vergangenen zwei

Jahren insgesamt 23,7 Prozent der türkischen Printmedien (Sabah, Günes, Nokta) auf und veränderte auch das inhaltliche Gesicht solcher Zeitungen wie 'Nokta'. 'Nokta' hatte als erste Berichte über Folterungen in den türkischen Gefängnissen und auf türkischen Polizeistationen einer breizen Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Insgesamt halten drei Monopolgruppen 85 Prozent der türkischen Presse in ihren Händen. Zum Vergleich: In den USA gehört den Multis nur acht Prozent der Printmedien.

Das staatliche Rundfunk- und Fernsehmonopol sichert der Regierung Özal eine ihren Interessen getreue Berichterstattung. Pläne zum Aufbau einer privatwirtschaftlich organisierten Rundfunk- und Fernsehindustrie, die zur Zeit in der Türkei aktuell sind, versprechen wenig Änderung. Schließlich sind auch hier schon wieder die kapitalkräftigen Multis beteiligt, die allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 13 Milliarden türkische Lira in die Eigenwerbung der Zeitungen und Zeitschriften steckten. Türkische Journalisten und Medienschaffenden bleiben unter diesen Bedingungen nur wenige Felder, auf denen sie kritische Berichte über die Entwicklung in der Türkei publizieren können. Berichten sie über die Situation der Türkei im Ausland, droht ihnen in der Türkei sofort wieder eine drakonische Strafe. Der Paragraph 140 des türkischen Strafgesetzbuchs sieht gegen Personen, die im Ausland das Ansehen des türkischen Staates herabsetzen, eine Haftstrafe von fünf Jahren vor.

DIE TÜRKEI - DAS PARADIES DER IMPERIALISTISCHEN AUSBEUTUNG

*** Die Türkei, deren Anhängigkeit vom Imperialismus sich mit dem Putsch von 12. September noch mehr vertieft hat, ist ein Land, in dem die multinationalen Konzerne die höchste Profite pro Arbeiterin erzielen.**

*** Während der multinationale Konzern Unilever durchschnittlich 3 Millionen TL über die Arbeitskraft einer Arbeiterin in der ganzen Welt an Profit erzielt, ist dieser Betrag in der Türkei 44 Millionen TL.**

Eine Untersuchung der WFTU zeigt, wie die Türkei nach dem Putsch von 12. September 1980 ihre Abhängigkeit vom Imperialismus gesteigert hat. Das Wirtschaftsprogramm vom 24. Januar konnten wir mit massiven Unterdrückungs- und Foltermechanismen angewendet werden, die durch den 12. September ermöglicht wurden. Aufgrund dieses Programms sanken die Löhne der ArbeiterInnen rapide, die Türkei wurde das Billig-Lohn-Paradies des internationalen Kapitals und der Profit der Arbeitgeber pro Arbeiterin erreichte das fünffache des im Welt-durchschnitt erzielten. Nach den Untersuchungen der WFTU ist der Ausbeutungsbetrag der Arbeitgeber über eine Arbeiterin im Welt-durchschnitt 430 \$ pro Jahr. Während dieser Profit über eine Arbeiterin in der Türkei 19.000 \$ pro Jahr beträgt. Der Profit der Kapitalisten durch die Arbeitskraft einer Arbeiterin beträgt in der BRD, der CH und den NL 7 Millionen türkische Lira (TL) und liegt im europäischen Durchschnitt nicht über 9 Millionen, währenddessen ist der Ausbeutungsgrad in den vom Imperialismus abhängigen Ländern höher. In Nigeria z.B. beträgt der Profit durch die Arbeitskraft einer Arbeiterin 20 Millionen TL pro Jahr, in der Türkei 40 Millionen TL.

Die Türkei erregt den Appetit der Arbeitgeber

Der Ausbeutungsgrad in der Türkei drückt sich ganz offen in den zahlen des internationalen Ernährungs- und Waschmittel-Konterns Unilever aus. Dieser Konzern ist in der Türkei mit Produkten wie Omo und Sana bekannt. Er erzielt folgende Profite über eine Arbeiterin pro Jahr: Niederlande: 9 Millionen TL. Nigeria: 16 Millionen TL. England: 8 Millionen TL. Türkei: 44 Millionen TL.

Wenn wir die einzelnen Firmen betrachten, kommt für das Jahr 1988 folgendes heraus:

Name des Konzerns	zugehörige Firma	Proffit pro Arbeiterin
Dinçkök (*)	Aksa	89 Millionen TL.
Sabancı (**)	Brisa	34 Millionen TL.
Sabancı	Akbank	30 Millionen TL.
Koc (**)	Arcelik	18 Millionen TL.
	Tofas	31 Millionen TL.
	Otosan	22 Millionen TL.
Oyak (***)	Renault-Otomobil	18 Millionen TL.

Diese zahlen erklären zur Genüge, auf wessen Seite diejenigen sind, die seit Jahren damit angeben, aus der Türkei ein Billig-Land-Paradies gemacht zu haben.

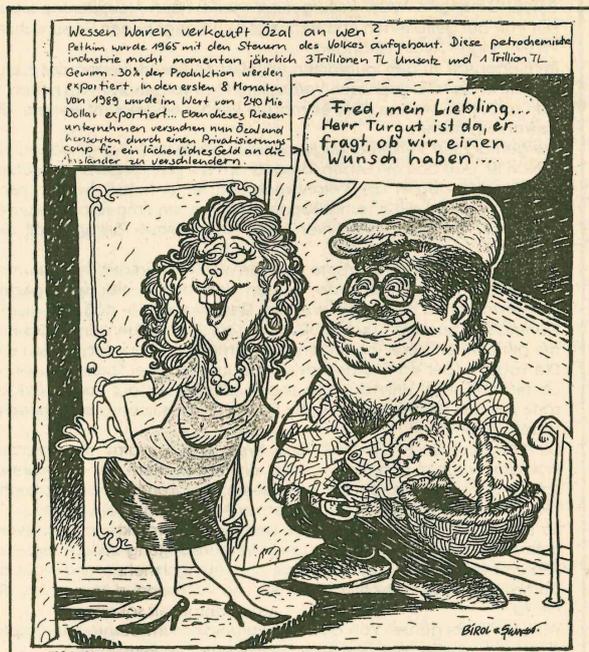
Özal und der 12. September werden gelobt

Während die Löhne zurückgehen, macht diese Zunahme an Profitten sowohl die einheimischen, als auch

zwischen Arbeitern und Arbeitgebern normalisiert." D.h. für die Arbeitgeber ist die Ausbeutung normal, eine Sache die notwendig ist. Sie loben Özal und den 12. September, die ihnen das noch mehr ermöglicht hat.

Als der Putsch vom 12. September gemacht wurde, sah Halit Narin (****) diese Entwicklung und sagte: "jahrelang haben die Arbeiter gelacht, jetzt ist die Reihe an uns gekommen." Er erklärte somit das Ziel des 12. Septembers. Aber man muß die Arbeitgeber an eine Sache erinnern; wer zuletzt lacht, lacht am besten.

(*) Ehem. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Türkei.
 (**) Sabancı und Koc sind die größten Holdings in der Türkei.
 (***) Militärkonzern.
 (****) Präsident des Arbeitgeberverbands der Türkei.



Fortsetzung von Seite 7

von der Welt, in der sie leben. Damit realistische und richtige Lösungen für die Probleme am Arbeitsplatz gefunden werden können, ist es dringend erforderlich, daß sie sich mit den Entwicklungen im Lande aus der Sicht der Klasse beschäftigen. Diese Notwendigkeit findet ihren Ausdruck in der Teilnahme am Kampf und in der Weiterentwicklung dieses Kampfes.

Es muß durch Diskussionen herausgefunden werden, wie die Arbeiterkomitees diesem Zweck dienen können, mit welchen Methoden und Werkzeugen diese Aufgaben erfüllt werden können. Diese legitimen Kampfmethoden müssen sich mit dem anderen Kampf im Land verbinden.

Die oben erwähnten Gedanken dürfen nicht als Rezept angesehen werden. Besonders die Bedingungen des Landes, die spezielle Situation des Arbeitsplatzes, die Situation der Arbeiter und ihre Beziehungen untereinander am Arbeitsplatz, die Situation im Gebiet des Arbeitsplatzes u.ä. sind wichtige Faktoren die Aufbau, Organisation und Funktion des Arbeiterkomitees beeinflussen werden.

die ausländischen Kapitalisten glücklich. Der Präsident von Bousan Holding, Asim Kocabiyik, bewertet dieses Bild als eine "normale Entwicklung". Arnold Hornfeld, Direktor der türkischen Siemens-Tochter, die im Jahr 1988 700 Milliarden TL. Giro hatte, lobt einerseits Özal und andererseits sagt er: "Nach dem Militärputsch hat sich die Beziehung

Seit Monaten überschattet ein Thema nahezu alle politischen Diskussionen in der Bundesrepublik: das Erstarken rechtsradikaler Gruppen und Parteien. Auf den Wahlerfolg der Republikaner in Berlin und den Einzug der NPD in das Frankfurter Stadtparlament folgte der Vorstoß von Schönhubers Partei bei den Europawahlen im Juni diesen Jahres. Alles deutet darauf hin, daß die Rechtsradikalen neben den etablierten bürgerlichen Parteien und den Grünen zu einem regulären Bestandteil des politischen Spektrums werden.

Trotz taktischer Manöver und inhaltlicher Anpassung an die Neue Rechte gelang es den großen Parteien nicht, die Erfolgserreichte der Republikaner und der NPD zu bremsen. Die bittere Einsicht, am rechten Rand die Integrationskraft verloren zu haben, beschäftigt seither die Strategen in Bonn – eine Lösung des Problems ist jedoch nicht in Aussicht.

Auf der Linken hat das Erstarken der extremen Rechten ratlosigkeit ausgelöst. Auf die Wahlerfolge der republikaner im Frühjahr 89 folgte zwar eine Reihe eindrucksvoller spontaner Proteste, vor allem in Frankfurt und Berlin, aber es fehlte eine politische Strategie zur Bekämpfung der Neuen Rechten. Bisher verläßt sich die Linke überwiegend auf konventionelle antifaschistische Konzepte, wie sie etwa in der Forderung nach dem Verbot rechtsextremer Gruppen und – in radikalerer Form – im Bemühen solche Gruppen eigenhändig durch physische Konfrontation am Auftreten zu hindern, zum Ausdruck kommen. Das Motto "Ausländer bleiben – Nazis vertreiben" verbirgt, so logisch und militant es auch erscheinen mag, eine gefährliche Unterschätzung der politischen Aufgaben der Linken angesichts des Wiedererstarkens rechtsextremer Strömungen in der BRD. Der konventionelle Antifaschismus geht davon aus, das Problem ließe sich dadurch lösen, daß man rechtsextreme Tendenzen – ob per Gesetz oder aus eigener Kraft – gesellschaftlich isoliert. Dabei wird übersehen, daß der Rechtsextremismus keine Randerscheinung ist, die sich einfach ausgrenzen läßt, sondern eine Weiterentwicklung bürgerlicher Ideologie und Politik unter den Bedingungen einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise.

Dies wird zwar ansatzweise erkannt – selbst die CDU/CSU kommt nicht umhin zuzugeben, daß soziale Mißstände, wie vor allem die Wohnungsnot, beim Stimmenzuwachs der Neuen Rechte eine große Rolle spielen. Die hieraus abgeleitete Schlußfolgerung, das Problem ließe sich durch ein paar sozialpolitische Reformen aus der Welt schaffen, ist jedoch mehr als blauäugig. Zwar mag es sein, daß beispielsweise durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus – so utopisch diese Vorstellung angesichts der wirtschaftlichen Situation auch sein mag – dem Rassismus vorübergehend an Bräunungen gewonnen werden könnte. Ihn durch solche Maßnahmen aus der Gesellschaft verbannen zu wollen, bleibt jedoch ein Wunschtraum.

Rechtsradikalismus und Rassismus

Beitrag der Gruppe Linkswende

gerlichen Gesellschaft. In Krisenzeiten, in denen die Stabilität des Systems bedroht ist, spielte die Mobilisierung rassistischer und nationalistischer Ressentiments schon immer eine zentrale Rolle in der bürgerlichen Politik. Es kommt nicht von ungefähr, daß in der Bundesrepublik bereits Mitte der siebziger Jahre Hetzkampagnen gegen Ausländer zunehmenden Raum in der innenpolitischen Auseinandersetzungen beanspruchten – wozu auch die SPD unter Helmut Schmidt eifrig beitrug. Allein die Betrachtung der Ausländerpolitik der letzten zehn Jahre macht deutlich, daß die Republikaner und andere rechtsradikale Gruppen keineswegs extreme Standpunkte vertreten. Formulierungen etablierter Parteien wie "Zeitbombe Asyl" und der "Ausländererschwemme" und die permanenten Verschärfungen der Ausländergesetze haben ein Klima geschaffen, in dem die Vorstellung, Ausländer seien ein "Problem" zunehmend Verbreitung fand. Der kleine Unterschied zwischen gemäßigten Parteien und der radikalen Rechten besteht lediglich darin, daß letztere das, was bürgerliche Politiker bereits seit Jahrzehnten propagieren, direkter und unverblümt vertreten.

Rechtsradikale sind daher, weder an ihren politischen Inhalten, noch an ihrer Existenz allgemein gemessen, etwas Neues. Sie erlangen allerdings heute größere Bedeutung, da die etablierte Politik zusehens an Glaubwürdigkeit verliert. Hierin besteht das eigentliche Novum. In den achtziger Jahren ist die Politik der "Sozialpartnerschaft", die in der Periode des Wachstums bis Anfang der siebziger Jahre der Bevölkerung als Gegenleistung für Unterordnung unter die Profiwirtschaft relative soziale Sicherheit versprach, zunehmend irrelevant geworden. Heute sind Lohndruck, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und verschärfter Leistungsdruck für den Erhalt profitabler Produktionsbedingungen für das Kapital unumgänglich. Damit verliert die vergleichsweise liberale, auf Interessensausgleich beruhende Variante bürgerlicher Politik, die die Nachkriegszeit prägte, ihre Existenzgrundlage.

Das Ergebnis schlägt sich in Mißtrauenskundgebungen gegenüber den etablierten Parteien, die trotz vielfältiger Versprechen keine Wege zur Besserung vorzeigen können, nieder. Auch die SPD, deren Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen der siebziger Jahre noch tief in den Knochen sitzen und die auch in der Opposition keine Perspektive aufzuweisen imstande ist, bietet keine Alternative zu den C-Parteien. In dieser Situation können Rechtsparteien, die konventionelles reaktionäres Gedankengut in radikaler Form propagieren, an Anziehungskraft gewinnen.

Gleichzeitig besteht auf Seiten der offiziellen Politik zunehmendes Interesse daran, nationalistische Töne anzustimmen, um die Widersprüche

und die Unbeliebtheit der kapitalistischen Krisenpolitik zu überbrücken und deren Gegner ideologisch in die Enge zu treiben. Hierraus ergibt sich eine prinzipielle Affinität zwischen der etablierten und der extremen Rechten. Diese wiederum verleiht heute neonazistischen Strömungen eine Respektabilität, die sie Ende der sechziger oder Anfang der siebziger Jahre nicht für sich beanspruchen konnten. Wenn die Entscheidung darüber, ob sie mit Republikanern koalieren soll oder nicht, der CDU/CSU monatlang öffentliche Kopfschmerzen bereitet, sind die Republikaner schon lange kein extremer Außenbezirk rechter Politik mehr – sie gehören dazu.

Ihre Attraktivität erhält die Neue Rechte dadurch, daß sie mit ihrer Politik genau dort ansetzt, wo die etablierten Parteien bereits einen reaktionären Konsens geschaffen haben: am Rassismus und Nationalismus. Nicht umsonst betonte Le Pen in Frankreich immer wieder, daß er nur das offen ausspreche, was die Mehrheit der Bevölkerung im Stillen ohnehin denke. Sein deutscher Kollege Schönhuber verfährt nach dem gleichen Rezept. Indem er eine radikalere Version des offiziellen ausländerfeindlichen Denkens aufgreift, vermag er seine Bewegung als konsequentesten Vertreter traditioneller konservativer Werte zu präsentieren. Da die CDU/CSU durch den Übergang von einer volksparteilichen Politik der Mitte zu einer offensiveren Form kapitalistischer Krisenpolitik in eine Identitätskrise geraten ist, bieten sich der Neuen Rechten optimale Möglichkeiten, sich in Szene zu setzen. Wie schon die personellen Überlappungen zwischen CDU/CSU und den neuen Rechtsparteien dokumentieren, ist der Aufstieg der radikalen Rechten Teil einer Neuorientierung bürgerlicher Politik in der Krise. Die Republikaner sind sowohl ein Produkt des Zerfalls des Nachkriegsliberalismus wie eine treibende Kraft bei der Verschiebung der politischen Mitte nach rechts.

Die fatalen Folgen der momentan vorherrschenden antifaschistischen Ansätze sollten in diesem Zusammenhang als alarmierendes Zeichen angesehen werden. Während Republikaner die Schlagzeilen linker Publikationen füllen, vollzieht sich fast unbemerkt eine dramatische Verschärfung der Ausländerpolitik. Das seit mehr als einem Jahr in der Diskussion stehende neue Ausländergesetz soll endgültig Realität werden. Im Juni 1989 verabschiedete das Bundeskabinett den Haushalt für 1990, in dem das Personal des Bundes um 2300 neue Stellen aufgestockt werden soll, um vor allem Asylverfahren zu beschleunigen. Eine weitere Verschärfung des Asylverfahrensgesetz steht bevor und Aussiedler werden rechtlich immer härter drangsaliert. Selbst gegen das Ziel der Bundesrepublik, Flüchtlinge zukünftig zu Zwangsarbeit in der Landwirtschaft heranzuziehen, gibt es bislang keine nen-

nenswerte Opposition. Daß genau durch solche Maßnahmen, nicht durch Postwurfsendungen der DVU, rassistische und nationalistische Ressentiments in der Bevölkerung mobilisiert werden, muß endlich erkannt und konfrontiert werden. Ein skurriles Bild bietet sich darüber hinaus bei der immer wieder vertretenen Verbotforderung. Der bürgerliche Staat, der einzig verantwortlich für die Mobilisierung des Rassismus ist, wird aufgefordert, sich im antifaschistischen Kampf einzureihen. Wenn er dann beispielsweise aus Angst vor Stimmenverlusten oder Profilierungssehnsucht in Langen vor den Kommunalwahlen in Hessen im Frühjahr diesen Jahres die Nationale Sammlung um Michael Kühnen verbietet, gelangen Politiker in die abstruse Situation sich selbst als Antirassisten darstellen zu können. Die weitverbreitete Verbotforderung wird so zum "Eigentor" linker Politik.

Das Konzept des antifaschistischen Kampfes erweist sich so nicht nur als falsche Taktik, sondern als prinzipiell in die umgekehrte Richtung weisend. Nur eine antirassistische Bewegung, die bedingungslos den staatlichen legitimen Rassismus bekämpft, ist eine realistische Perspektive um eine weitere Rechtsentwicklung des politischen Klimas in der BRD in ihr Gegenteil zu verwandeln.

Die Forderungen nach Abschaffung der Ausländergesetze und der vollen rechtlichen Gleichstellung von Ausländern müssen ins Zentrum antirassistischer Politik gestellt werden. Nur so kann der gesellschaftliche Konsens konfrontiert werden.

Zeit für Linkswende

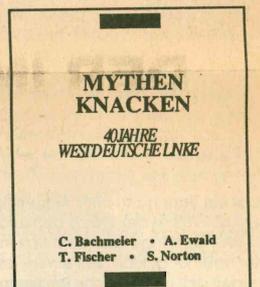
Die von der Gruppe Linkswende in Darmstadt gegründete Initiative gegen Rassismus arbeitet seit mehr als einem Jahr am Aufbau einer Bewegung mit solchen politischen Inhalten. Als Grundlage wurde die Broschüre "Für eine antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik" erarbeitet, die den Rassismus und Nationalismus als politische Erscheinung analysiert und einen Weg zu deren Bekämpfung aufzeigt. Konsequenter antirassistischer Politik muß zentrales Thema linker Politik sein. Unser Ziel ist es jedoch, über den Aufbau einer antirassistischen Bewegung hinaus, die Grundlagen für die Wiederbelebung antikapitalistischer Politik in der Bundesrepublik zu legen, diese aktiv zu vertreten und die Relevanz des Marxismus zu beweisen. Dem Zustand, daß der Marxismus heute in der politischen Auseinandersetzung eine vollkommen untergeordnete und kaum wahrnehmbare Rolle spielt, wollen wir entgegenwirken. In unserem Gründungsdokument "MYTHEN KNACKEN – 40 Jahre westdeutsche Linke" werden die Ursachen des Untergangs linker Politik in der Bundesrepublik unter-

sucht. Es zeigt, warum die Linke sich bis heute nicht von den Folgen der Zerstörung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus erholt hat. Gleichzeitig wird eine Strategie zur Lösung dieser Probleme vorgestellt. Das Buch beschreibt unseren Ansatz zur Wiederbelebung marxistischer Arbeiterpolitik in Deutschland.

Kontaktadresse Linkswende:
Postfach 10 43 07
6100 Darmstadt 1

Initiative gegen Rassismus: "Für eine antirassistische Bewegung in der Bundesrepublik", 3. überarbeitete Auflage, 43 Seiten, ISBN 3-927682-00-4, DM 4,- zzgl. DM 2,- Versandkosten.

Christine Bachmeier u.a.



224 Seiten
25 Abbildungen
ISBN 3-927682-01-2

16,80 DM

Das Buch untersucht die Ursachen des Niedergangs der Linken in der BRD. Es zeigt, wieso die Linke sich bis heute nicht von den Folgen der Zerstörung der Arbeiterbewegung unter Hitler erholt hat.

Dieses Buch ist das Gründungsdokument der Gruppe LINKSWENDE und beschreibt deren Ansatz zur Wiederbelebung marxistischer Arbeiterpolitik in Deutschland.

Zu bestellen bei Alexander Hom

Verlag *neues forum*

Postfach 104307, 6100 Darmstadt 1
gegen Vorüberweisung
von DM 16,80 + DM 3 Porto
auf Konto 18003074 BLZ
50850150
Stadt- u. Kreissparkasse Darmstadt.

Beide Publikationen zu bestellen gegen Vorüberweisung oder Verrechnungsscheck bei:
Alexander Hom Verlag neues
Postfach 10 43 07
6100 Darmstadt 1



Fotos: S. Baun

BERICHT ÜBER DIE LAGE IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN MARDIN, MUS, DIYARBAKIR

SEPTEMBER 1989

Über ein Jahr nach ihrer Ankunft im August 1988 ist der Status der kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak immer noch ungeklärt. Seit einem Jahr weigert sich die türkische Regierung die 35- 40.000 Menschen als politische Flüchtlinge anzuerkennen. Versuche der Flüchtlinge von sich aus mit dem Flüchtlingskommissariat der UNO Kontakt aufzunehmen und ihre Aufnahmen in ein drittes Land außerhalb der Türkei zu beantragen werden ebenfalls von den türkischen Sicherheitskräften verhindert. Da auch das Interesse der türkischen Öffentlichkeit an dieser Frage nachgelassen hat, ist es der Regierung möglich, die Frage einfach auf sich beruhen zu lassen. Die Lage in den einzelnen Lagern:



Mardin:

In Mardin befinden sich immer noch ca. 13 000 Menschen. Die Versorgung von Seiten der offiziellen Verantwortlichen ist völlig unzureichend. Trotz einer Thyphusepidemie im Lager wurden keinerlei Medikamente geliefert. Private Medikamentenspende aus Istanbul können das Lager nur auf heimlichen Weg erreichen. Ein Händler aus Mardin: "Selbst was die Lebensmittel angeht sind die Flüchtlinge mittlerweile auf uns angewiesen, wir sammeln jede Woche Lebensmittel und versuchen sie ihnen zu schicken. Die Polizei weiß, daß ich diese Arbeit koordiniere und steht alle paar Wochen wieder bei mir vor der Tür." Selbst während der Thyphusepidemie waren die Lagerärzte nicht bereit gewesen, mit kurdischen Ärzten die sich als Flüchtlinge im Lager befanden, zusammenzuarbeiten.

Es wurden auch keinerlei Maßnahmen unternommen um die Ansteckungsgefahr einzudämmen. Die Lagerleitung verfuhr nach dem Motto "Je mehr dabei sterben, umso besser." 15 Personen, die aus dem Lager flohen und sich in einem Haus in Kiziltepe niederlassen wollten, wurden noch am Abend ihrer Flucht festgenommen und auf das Polizeipräsidium geschleppt. Obwohl einer der Honoratioren von Kiziltepe anbot, für die Familie zu bürgen, wurden sie wieder zurückgeschickt. Das Lager in Mardin liegt genau zwischen der Provinzstadt Mardin und der Kreisstadt Kiziltepe. Nachdem die Kontakte zwischen Flücht-

lingen und Bevölkerung in Kiziltepe "zu eng" geworden waren, erhielten die Flüchtlinge die Aufgabe, zu ihren Einkäufen künftig nach Mardin zu gehen, Kiziltepe dürfen sie nicht mehr betreten.

Diyarbakir:

Im Lager von Diyarbakir haben es die Flüchtlinge geschafft, sich Ausgang aus dem Lager zu erkämpfen. Sie können sich in Diyarbakir frei bewegen, sind aber ständig unter Beobachtung. Die materielle Lage ist wie auch in Mardin katastrophal. Die Flüchtlinge verkaufen mittlerweile die wenigen Gegenständen,

die sie aus dem Irak reiten konnten oder die ihnen direkt nach ihrer Ankunft gespendet wurden: Teppiche, Decken, Kleider. "Es gibt nichts mehr zu essen" sagen sie. Unter der Dürre, die in diesem Jahr die ganze Türkei heimgesucht hat, haben die Flüchtlinge besonders zu leiden. Oft gibt es wochenlang überhaupt kein Wasser im Lager. Viele Familien schicken ihre Kinder zum "Wasserbetteln" in die Stadt. Die Mitglieder des Lagerkomitees berichten von Versuchen der Regierung, die jungen Männer aus dem Lager für die Milizen zu gewinnen die im türkischen Teil Kurdistans gegen die PKK eingesetzt werden. "Wir sind auf keinen Fall dazu bereit" erklären Vertreter des Lagerkomitees "wir haben schon viel zu oft den Fehler gemacht uns auf Brüderkriege Kurden gegen Kurden einzulassen. Aus dieser Erfahrung haben wir gelernt. Wir werden dem Druck auf keinen Fall nachgeben. Wir gehen nicht zur Miliz."

MUS:

Am kritischsten ist die Lage in Mus. Dort sollen die Flüchtlinge gezwungen werden in den Irak zurückzukehren. 1000 Menschen haben sich in der zweiten Septemberwoche auf den Weg gemacht, doch die restlichen Lagerinsassen erklärten, daß sie in keinem Fall gehen würden. Daraufhin wurden das Lager hermetisch abgeriegelt, die Flüchtlinge erhielten Ausgangsverbot und die Lebensmittellieferungen wurden eingestellt. Seit zwei Wochen werden die Flüchtlinge diesmal im wahren Sinne des Wortes ausgehungert. Auch in Mus haben die Flüchtlinge schon ihre Teppiche

und andere Habseligkeiten verkauft.

Allgemeines:

Immer wieder versuchen einzelne Familien aus den Lagern zu fliehen und bei Bekannten oder Verwandten unterzukommen. Den wenigsten gelingt es, bis zum UNO Büro vorzudringen.

Die Lagerräte betonen immer wieder, daß sie auf keinen Fall mehr in der Türkei bleiben wollen. Sie appellieren an alle europäischen Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen. "Wir haben immer dafür gekämpft, hier also in Kurdistan bleiben zu können" sagt ein Mitglied des Lagerrates aus Diyarbakir "aber jetzt geht es nicht mehr. Wir siechen hier nur dahin. Die Türkei wird überhaupt nichts machen, sie hofft, daß wir früher oder später freiwillig in den Irak zurückkehren."

Über das Schicksal der ca. 2-3000 Flüchtlinge, die mittlerweile in den Irak zurückgekehrt sind, liegen uns nur Berichte von Lastwagenfahrern vor. Sie berichten von Konzentrationslagern für die Heimkehrer. Ein Teil der Männer soll hingerichtet worden sein. "Jedes Land ist uns recht, wenn es nur nicht Türkei oder Irak ist" sagen die Flüchtlinge. Auch die, die die Türkei vor einem Jahr oder sogar 6 Monaten noch gelobt haben, wissen jetzt keinen Ausweg mehr. "Wenn wir hier sterben, nützen wir niemandem, helft uns hier aus der Türkei rauszukommen."

Milena ERGEN
Copyright ausschließlich bei
medico international